

Der BUND in Nordrhein-Westfalen

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V.



Jahresbericht 2013

Vorwort

Natur- und Umweltschutz in NRW.

Energiewende retten	4
Biologische Vielfalt erhalten	9
Lebendige Gewässer schaffen	17
Flächenverbrauch minimieren	19
Agrarfabriken stoppen	21
Industrie ökologisieren	25
Umweltbildung konkret	27

Unabhängig. Politisch und finanziell.

BUNDland NRW	29
BUNDjugend aktiv	30
Unabhängig. Auch finanziell	31
Das BUND-Team 2013	33
Impressum	35



Foto: D. Jansen

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Freundinnen und Freunde,

Ich freue mich, Ihnen hiermit unseren bun(d)ten Rückblick auf das Jahr 2013 präsentieren zu dürfen. Er spiegelt in beeindruckender Weise wider, wie vielseitig und kompetent der BUND in NRW mit seinen Arbeitskreisen, Orts-, Kreis- und Regionalgruppen unterwegs ist und dabei Erfolge erzielt. Ob Energiewende von unten, Klimaschutz, tier- und naturschutzkonforme Landwirtschaft, der Schutz unserer biologischen Vielfalt oder die Umweltbildung – der BUND ist Motor, wenn es darum geht, unser Land Stück um Stück lebenswerter zu gestalten.

In 2013 wurde das erste deutsche Klimaschutzgesetz, dessen Idee auch aus unserer Feder stammt, verabschiedet. Zahlreiche BUNDexpertInnen haben sich in den verschiedenen Arbeitsgruppen an der Aufstellung des Klimaschutzplans, der das Instrument des Gesetzes werden soll, beteiligt.

So vorbildlich die Landesregierung bei diesem Gesetz agiert hat, so schizophoren ist doch ihre Haltung zum Klimaschutz. Es hat bisweilen den Anschein, als wolle der große Koalitionspartner dem kleinen eine grüne Spielwiese einräumen, um hintenrum, beispielsweise durch den Zubau von Kohlekraftwerken und die Privilegierung der Großkonzerne, die eigentlich gemeinsamen Klimaschutzziele zu unterlaufen.

Mit unserer erfolgreichen Beschwerde vor dem Bundesverfassungsgericht haben wir dagegen ein dickes Ausrufezeichen dahinter gesetzt, dass das fossile Energiezeitalter längst in Ablösung begriffen ist. Die Enteignung unserer Obstwiese für den Braunkohlentagebau Garzweiler II war verfassungswidrig! Den Rechtsschutz Betroffener konnten wir durch unsere Initiative stärken, zukünftig geplante Zwangsumsiedlungen tausender Menschen und die Zerstörung ganzer Landschaften stehen wie nie zuvor auf dem Prüfstand.

Leider musste auch der Umweltbericht 2013 von Minister Rammel wieder offen legen, dass der Schwund von Biodiversität anhält. Durchaus vorzeigbare Erfolge bei einzelnen populären Arten werden gern dazu missbraucht, von dem insgesamt alarmierenden Negativtrend abzulenken und zu behindern, dass der Schutz der biologischen Vielfalt als gesellschaftliche Aufgabe wahrgenommen und angegangen wird.

Die in 2013 vorbereitete Biodiversitätsstrategie NRW muss neue und anspruchsvolle Ziele setzen: das Land muss auf eigenen Flächen viel stärker als bisher Vorbild sein und öffentliche Fördermittel an die Erfüllung von



Holger Sticht, BUND-Landesvorsitzender

Foto: St. Höft

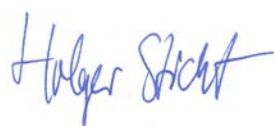
Biodiversitätsstandards binden. Der Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen ist kein Luxus, er ist selbstverständliche Querschnittsaufgabe und als solche zu etablieren.

Seit fast 40 Jahren macht der BUND überall im Land vor, wie es geht: durch BUNDgruppen betreute Obstwiesen, Wälder, Gewässer und Heiden sind artenreiche Kleinode, in welchen jedem Besucher sofort klar wird, warum NRW seine natürliche Vielfalt bewahren muss. Sie geben tagtägliche Beispiele dafür, dass das Ehrenamt eine Schlüsselrolle einnimmt. Natur- und Umweltschutz macht Freude, und in dem Mitmachverband BUND kann jede(r) daran teilhaben.

Dabei ist unsere Unabhängigkeit von Politik und Wirtschaft eine wichtige Voraussetzung. Unsere finanzielle Basis sind die Mitgliedsbeiträge, auf institutionelle Förderung und zweifelhafte Spenden verzichten wir. Wir setzen bewusst auf die Menschen, die gerne Teil der guten Sache sind.

Ich danke allen Mitgliedern, Spendern und Mitarbeitern! Sie alle haben dafür gesorgt, dass dieser Jahresbericht wieder eine Erfolgsbilanz geworden ist.

Herzlichst, Ihr



Energiewende retten

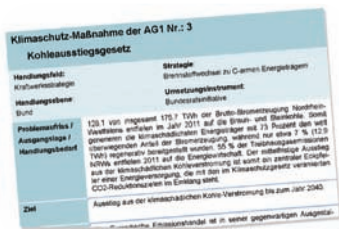


Garzweiler und Datteln sind seit langem Synonyme für die widersprüchliche Energiepolitik der nordrhein-westfälischen Landesregierung. Zwar wurden ein Landesklimaschutzgesetz verabschiedet und der Klimaschutzplan auf den Weg gebracht, gleichwohl hält Rot-Grün an der Kohleverstromung fest. Auch das „Energiewende-Paradoxon“, wonach trotz des unaufhaltbaren Erfolgs der erneuerbaren Energien ausgerechnet die Braunkohlenkraftwerke boomen und umweltfreundlichere Gaskraftwerke vom Markt verdrängt werden, ist ein deutliches Zeichen, dass der Energiemarkt neu justiert werden muss. Dafür hat der BUND im vergangenen Jahr gekämpft: Wir mischen uns konstruktiv ein, zeigen Lösungswege auf, bieten Alternativen. Und das mit Erfolg!

Klimaschutzplan in Aufstellung

Das am 23. Januar 2013 vom Landtag verabschiedete Landesklimaschutzgesetz sieht zur konkreten Umsetzung der Klimaschutzziele die Aufstellung eines so genannten Klimaschutzplans vor. Dabei federführend ist das NRW-Klimaschutzministerium.

An der Erarbeitung des Plans wirken die BUND-ExpertInnen neben anderen gesellschaftlich und wirtschaftlich relevanten Stakeholdern intensiv mit. In etliche ganztägigen sektorspezifischen Arbeitsgruppensitzungen und im Koordinierungskreis wurden mehr als 350 Einzelmaßnahmen entwickelt, die dazu führen sollen, den Ausstoß von Treibhausgasen bis 2020 um 25 und bis 2050 um mindestens 80 Prozent gegenüber 1990 zu reduzieren. Für politischen Wirbel sorgte der BUND-Vorschlag für ein Kohleausstiegsgesetz. Diese in der internen Arbeitsgruppe vorgestellte Maßnahme wurde von inte-



ressierten Kreisen in den Landtag „durchgestochen“ und sorgte dort für hitzige Diskussionen. Dabei zeigen die Berechnungen des Wuppertal Instituts: Nur durch den Umstieg der Stromerzeugung auf 100 Prozent erneuerbare Energien können die Klimaschutzziele erreicht werden. Bis Ende 2013 sollte eigentlich der Entwurf des Klimaschutzplanes vorliegen. Durch die jetzt noch durchzuführende Analyse der konkreten Auswirkungen der einzelnen Vorschläge verzögerte sich der Ablauf jedoch um etliche Monate.

Windenergie naturverträglich ausbauen

Bis 2020, so das Ziel der Landesregierung, soll der Anteil der Windenergie an der NRW-Stromerzeugung auf 15 Prozent steigen. Dabei beträgt heute der Anteil aller regenerativen Energien gerade einmal 7 Prozent.



Die Pläne der schwarz-gelben Bundesregierung zur Reform des Erneuerbaren Energien Gesetzes bedrohten auch die Energiewende in NRW. Dagegen protestierten wir vor dem Bundeskanzleramt in Berlin. Doch auch unter Schwarz-Rot ist die Energiewende in Gefahr.

Foto: D. Jansen/BUND



Die erneuerbaren Energien fristen also noch immer ein Schattendasein. Gift für die Energiewende sind daher die Pläne der alten und neuen Bundesregierung zur Reform des Erneuerbare Energien Gesetzes (EEG). Durch die Deckelung des Ausbaus z.B. für Windkraft und die Schlechterstellung gerade der Binnenlandstandorte drohen die Ausbauziele unerreichbar zu werden. Dagegen richtet sich der breit angelegte Protest des BUND und seiner Verbündeten.

Aber auch in Nordrhein-Westfalen müssen die Hausaufgaben gemacht werden. Denn vor Ort nehmen die Konflikte, insbesondere wenn es um konkrete Windkraft-Planungen geht, zu. Ein Grund dafür ist das Versäumnis der Landesregierung, die notwendigen Windenergie-Vorranggebiete mit einer Ausschlusswirkung zu versehen. Das führt dazu, dass die Kommunen auch in naturschutzfachlich bedenklichen Gebieten planen, womit Probleme vorprogrammiert sind. Der BUND setzt sich deshalb im Rahmen der Aufstellung des Landesentwicklungsplans dafür ein, dass dieses Manko beseitigt wird. Auch die Überarbeitung des Windenergie-Erlasses und die Leitfäden zum Artenschutz und der Windenergie im Wald begleiten wir kritisch-konstruktiv. Vor allem aber sind wir vor Ort aktiv. Wo immer Konflikte hochkochen, sind wir präsent, versachlichen die Diskussion, bieten Alternativen. Denn nur im Konsens kann die Energiewende gelingen.

Kohlekraftwerke weiter im Fokus

Als Umweltverband braucht man einen langen Atem. Das zeigen nicht zuletzt die langjährigen Auseinandersetzungen um die Kohlekraftwerke Datteln und

Lünen. In beiden Fällen hatte der BUND die Kraftwerksgenehmigungen gerichtlich zu Fall gebracht. Doch wer meint, damit sei der Fall erledigt, irrt.

Trotz der Kritik und zahlreicher Protestaktionen des BUND starteten die Stadt Datteln und der Regionalverband Ruhr einen neuen Anlauf, um den Kraftwerksstandort Datteln 4 doch noch genehmigungsfähig zu machen. Dafür wurde bei der Landesregierung ein so genanntes Zielabweichungsverfahren beantragt. Denn der Kraftwerksstandort verstößt gegen die Zielvorgaben der Landesplanung. Trotz formulierter Bedenken stimmte dem letztendlich auch der grüne Klimaschutzminister zu. Zuvor hatte der BUND gemeinsam mit Campact und anderen Kraftwerksgegnern eine breite öffentliche Kampagne dagegen durchgeführt („Energiewende retten statt Kniefall vor der Kohlelobby“) – leider ohne Erfolg. Damit machte die Landesregierung den Weg frei für einen neuen planungsrechtlichen Anlauf. Die Stadt Datteln legte prompt einen neuen Bebauungsplan vor. 410 Seiten stark ist die BUND-Stellungnahme zu diesem Plan. Für die erste Jahreshälfte 2014 wird eine Entscheidung erwartet. Ob das Kraftwerk Datteln jedoch jemals Strom produzieren wird, bleibt ungewiss.

Anders sieht es beim Kraftwerk Lünen aus. Dieses ging trotz neuer Klagen des BUND im Dezember 2013 offiziell in den Regelbetrieb über. Zwar hatte der BUND weit reichende Verbesserungen durchgesetzt, die Auswirkungen auf die Umwelt bleiben jedoch bedenklich hoch. Ob das Kraftwerk dauerhaft Strom produzieren darf, wird der weitere Verlauf der juristischen Auseinandersetzung zeigen. Beendet ist hingegen der Streit zur Netzanbindung des Kohlemeilers. Das Oberverwaltungsgericht Münster wies die BUND-Klage gegen die Stromtrasse ab.

Netzausbau in der Kritik

Nicht nur die Stromtrassen zur Netzanbindung der neuen Kohlekraftwerke in Datteln und Lünen stoßen auf BUND-Kritik. Auch der allgemein geplante Netzausbau dient weniger der Integration der erneuerbaren Energien als vielmehr der Schaffung neuer Absatzwege für fossile Energien „made in NRW“. Darauf haben wir in unseren Stellungnahmen zum Netzentwicklungsplan



Der Netzknoten in Meerbusch-Osterath soll ausgebaut werden. Doch ist das wirklich ein Beitrag zur besseren Netzintegration erneuerbarer Energien?

Foto: D. Jansen

hingewiesen. Etliche in NRW geplante Maßnahmen dienen nachweislich dazu, den Strom aus den Kohlekraftwerken des Ruhrgebiets und des rheinischen Braunkohlenreviers in die Verbrauchszentren Süddeutschlands zu transportieren. Dies wirkt umso schwerer, als die Kohlekraftwerke aufgrund des Netzvorrangs der erneuerbaren Energien zunehmend ins Hintertreffen gelangen. Sollen die kriselnden NRW-Kohlekraftwerke also durch einen passenden Netzausbau neue Marktchancen erhalten? Der Verdacht ist begründet, zumal Deutschland in 2013 Rekord-Stromexporte verbuchte. Der BUND setzt sich daher auch weiterhin für einen bedarfsgerechten Ausbau des Stromnetzes ein, der auf eine zukünftige Vollversorgung mit erneuerbaren Energie ausgerichtet ist.

Tagebau Hambach

Vorerst gescheitert sind die juristischen Mühen des BUND, den Braunkohlentagebau Hambach zu stoppen und damit die Reste des unersetzlichen Hambacher Waldes vor den RWE-Baggern zu retten. Im Verfahren um die Zulassung des Hauptbetriebsplans zur Fortführung des Tagebaus bis zum Jahr 2014 hat das Verwaltungsgericht Aachen die BUND-Klage am 5. September 2013 aus formalen Gründen abgewiesen. Da die zuständigen Naturschutzbehörden im Nachgang zu dieser Entscheidung weit reichende Ausnahmen vom gesetzlichen Artenschutz erteilten, beschloss der BUND, eine Berufungszulassung nicht weiter anzustreben. Das bedeutet aber nicht, dass der Widerstand damit beendet ist. Der BUND prüft jetzt, Rechtsmittel gegen die erwartete Zulassung des 3. Rahmenbetriebsplanes einzulegen. Und auch als Grundbesitzer im Tagebaufeld verfügen wir über eine starke Rechtsposition.

KlimaDiskurs.NRW e.V.: Für eine neue Diskussionskultur

Kaum ein Thema wird so kontrovers diskutiert wie Klimaschutz und Energiepolitik. Denn hier treffen unterschiedliche Meinungen, Interessen und Ziele aufeinander. Dabei sollten nicht Gegensätze, sondern das gemeinsame Handeln im Vordergrund der Debatte stehen. „Auseinandersetzen, gemeinsame Wege finden, handeln“ ist daher ein Leitmotiv des neuen Vereins KlimaDiskurs.NRW, zu dessen Gründungsmitgliedern der BUND NRW gehört.

Der Verein setzt sich seit 2013 als unabhängige Plattform für konstruktive Gespräche zwischen den Konfliktparteien ein – beispielsweise in Form von Netzwerktreffen, Fachveranstaltungen oder auch Diskussionsmöglichkeiten in kleineren Rahmen. So bietet der Zusammenschluss aus Unternehmen, Vereinen und Verbänden, Kommunen, wissenschaftlichen Einrichtungen, Kirchen und Gewerkschaften sowie andere Interessensgruppen Raum für die Erarbeitung von tragfähigen Kompromissen und Lösungswegen. Das Ziel: eine neue vertrauensvolle Gesprächskultur schaffen und durch gemeinsames Handeln den Klimaschutz in NRW voranbringen. Gefördert wird der KlimaDiskurs.NRW von der Stiftung Mercator und der Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen.

Weitere Infos auf www.klimadiskurs-nrw.de.



Foto: St. Hört

Garzweiler: Mehr Bürgerrechte

Seit 30 Jahren kämpft der BUND in Nordrhein-Westfalen gegen den landschaftsverschlingenden Braunkohlentagebau Garzweiler II. Ende Dezember 2013 hat das Bundesverfassungsgericht die Zwangsenteignung des BUND für verfassungswidrig erklärt. Ein großer Erfolg für mehr Bürgerrechte.

Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts war bundesweit mit großer Spannung erwartet worden. Hintergrund ist die Enteignung der BUND-Obstwiese im rheinischen Tagebaugbiet Garzweiler. Der BUND hatte das Grundstück



Fotos: D. J. Schubert

1997 erworben und darauf 90 Obstbäume gepflanzt. Bis heute legendär ist der „Garzweiler Flächenbrand“, ein dort ökologisch produzierter feiner Apfelbrand. Im Jahr 2000 reichte der BUND eine erste Klage gegen den Tagebau ein, weitere folgten. Im bitterkalten Januar 2008 errichteten BUND-Aktive auf eigenem Grund und Boden ein Widerstandscamp, das schließlich von einem Großaufgebot der Polizei geräumt wurde. Der BUND erhob daraufhin Verfassungsbeschwerden. Unter welchen Bedingungen sind Zwangsenteignungen vor dem Grundrecht auf Eigentum zu rechtfertigen? Darf Bergrecht weiterhin Grundrecht brechen? Diese und andere Fragen standen jetzt auf dem Prüfstand des höchsten deutschen Gerichts.

Nach einer intensiven mündlichen Verhandlung im Juni 2013 gab der Erste Senat des Bundesverfassungsgerichts der BUND-Beschwerde statt und bestätigte damit, dass die Zwangsenteignung des BUND verfassungswidrig ist. Das Gericht kritisierte insbesondere die fehlende Gesamtabwägung im

Hinblick auf die erforderliche Gemeinwohldienlichkeit der Grundabtretung zugunsten der RWE Power AG. Zudem werde der Garantie effektiven Rechtsschutzes nur genügt, wenn dieser so rechtzeitig eröffnet wird, dass noch keine Fakten geschaffen wurden. Das Gericht stellte klar heraus, dass die diesbezüglichen Regelungen des Bundesberggesetzes unzulänglich sind.

Auch wenn die Wiese nicht mehr existiert – dort klafft jetzt ein 200 m tiefes Loch – ist das Urteil von großer Bedeutung. Für den Gesetzgeber ergibt sich der Auftrag, das Bundesberggesetz zu überarbeiten. Damit wird die Hürde für RWE, Vattenfall und Co. bei zukünftigen Grundabtretungsverfahren deutlich höher. Die Anforderungen an die Begründung einer Gemeinwohldienlichkeit von Enteignungen zum Beispiel auch für umstrittene Fracking-Vorhaben steigen. Effektiver Rechtsschutz muss zudem viel frühzeitiger möglich sein. Die Chancen, sich erfolgreich gegen solche ebenso überflüssigen wie umweltschädlichen Großvorhaben zur Wehr zu setzen, sind damit deutlich gestiegen.

Einziges Wermutstropfen dabei: Das weitere Ziel, den Tagebau Garzweiler II zu stoppen, konnte (noch) nicht erreicht werden. Parallel scheiterte die Verfassungsbeschwerde eines betroffenen

Bürgers gegen die bergrechtliche Zulassung des Tagebaus denkbar knapp mit 3 gegen 5 Richterstimmen. Damit wurde ein „Grundrecht auf Heimat“ verneint.

Würde Garzweiler II wie geplant bis 2045 fortgeführt, würden weitere 1,2 Milliarden Tonnen Kohlendioxid freigesetzt. Alle Klimaschutzziele würden damit Makulatur. Nach der Gerichtsentscheidung forderte der BUND die Landesregierung auf, die Abbaugrenzen zurückzunehmen und den Ausstieg aus dem „Klimakiller Nr.1“ einzuleiten. Mit Erfolg: Ende März 2014 verkündete die Landesregierung, das Tagebaufeld Garzweiler II zu verkleinern und 1.350 Menschen vor einer Zwangsumsiedlung zu bewahren.

Mehr: www.bund-nrw.de/garzweiler

BUND fordert Fracking-Verbot

Der heftige Widerstand von BUND und Bürgerinitiativen gegen die umstrittene Fracking-Technologie zur Förderung von Erdgas aus unkonventionellen Lagerstätten war erfolgreich: Bis auf Weiteres werden in Nordrhein-Westfalen keine Genehmigungen zur Exploration und Gewinnung erteilt. Doch ist das auch das endgültige Aus dieser Hochrisikotechnologie? Mitnichten.

Immer wieder flammt die Diskussion auf. Deshalb fordert der BUND die Politik auf, endlich ein Fracking-Verbot gesetzlich zu verankern, notfalls auch als NRW-Alleingang.

Um dieser Forderung nach einem Fracking-Verbot Nachdruck zu verleihen, hat der BUND einen Gesetzesvorschlag zur Änderung des Bundesberggesetzes erarbeitet. Bereits jetzt untersagt dieses Gesetz Fördermethoden für Bodenschätze, wenn ihr „überwiegende öffentliche Interessen entgegenstehen“. Der BUND forderte, dass das Fracking wegen seiner umweltgefährdenden Risiken in diesem Gesetz explizit als verbotene Fördermethode genannt werden müsse. Sollte sich dafür auf Bundesebene keine politische Mehrheit finden lassen, hat nach BUND-Auffassung das Land die gesetzgeberische Kompetenz, ein eigenes Fracking-Verbot auf den Weg zu bringen.

Die bisherigen Verlautbarungen der Landesregierung hält der BUND für widersprüchlich. Fracking kann man nicht regeln, sondern man muss es verbieten, so die BUND-Position. Weder der Ausschluss besonders giftiger Chemikalien, noch das Verbot von Fracking-Bohrungen in Wasserschutzgebieten oder die Einführung einer obligatorischen Umweltverträglichkeitsprüfung werden dem Problem gerecht.

Mehr Infos: www.bund-nrw.de/fracking



Atomland NRW

Der Atomausstieg scheint endgültig beschlossen, doch noch sind wir weit von einer atomenergiefreien Zukunft entfernt. Deshalb ging der BUND auch in 2013 an den NRW-Atomstandorten auf die Straße, zum Beispiel an der Urananreicherungsanlage in Gronau und der Konditionierungsanlage in Duisburg. Gerade letztere hat sich heimlich, still und leise zur Atommülldehnscheibe der ganzen Republik entwickelt.

Die Gesellschaft für Nuklearservice (GNS), ein Unternehmen der Konzerne RWE, EON, EnBw und Vattenfall, betreibt neben weiteren Atomanlagen – der bekannteste Standort dürfte Gorleben sein –, auch mitten in Duisburg eine Anlage zur Konditionierung von schwach- und mittelradioaktivem Atomwüll. Dabei wird radioaktives Material durch Schreddern oder Verpressen im Volumen verkleinert und verpackt. Metallischer Atomschrott wird sandgestrahlt und anschließend weiter verarbeitet oder auf Sondermülldeponien „entsorgt“. Auf dem Gelände der GNS in Duisburg dürfen nach derzeitigem Genehmigungsstand 3.300 Tonnen Atomwüll gelagert werden. Selbst wenn es bislang nicht zu Unfällen kam: Durch die Anlage in Duisburg und die damit verbundenen Transporte sind Mensch und Umwelt einer erhöhten Strahlung ausgesetzt. Der BUND fordert deshalb die Schließung der Anlage.

Mehr Infos: www.bund-nrw.de/atomausstieg



Biologische Vielfalt erhalten

Der Naturschutz bleibt auch in 2013 ein Stiefkind der Politik. Zwar wird der Erhalt der biologischen Vielfalt in vielen Sonntagsreden beschworen, doch immer wenn es konkret wird, genießen der Neubau einer Straße, das nächste großflächige Industriegebiet oder andere Infrastrukturvorhaben Vorrang. Gut also, dass es den BUND gibt. Mit seinen zahlreichen Projekten leistet er einen unersetzlichen Beitrag zum Schutz der Natur. Doch ohne einen passenden gesetzlichen Rahmen bleiben auch diese Maßnahmen Makulatur. Deshalb drängen wir auf ein zeitgemäßes Landesnaturschutzgesetz, die Ökologisierung des Jagdrechts und einen Landesentwicklungsplan, der dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen endlich den angemessenen Stellenwert einräumt.

Erfolgreiches Wildkatzenprojekt

Seit 2011 läuft das bundesweite Projekt „Wildkatzensprung“, das vom Bundesamt für Naturschutz mit Mitteln des Bundesumweltministeriums und vom Umweltministerium NRW gefördert wird.

Erster Baustein dieses Projektes in Nordrhein-Westfalen ist die Aufwertung von Waldbereichen zu Wildkatzenhabitaten rund um den Nationalpark Eifel. Die gesamte Eifel beherbergt mit etwa 1.000 Tieren eines der größten Wildkatzenvorkommen Deutschlands. Ziel ist es, diese Wildkatzenpopulation weiter zu stärken, damit Wildkatzen aus der Eifel auch verstärkt in die umliegenden Wälder einwandern und sie wieder dauerhaft besiedeln. Für den Bereich Hoheifel-Zülpicher Börde haben die WildkatzenexpertInnen des BUND gemeinsam mit dem zuständigen Regionalforstamt und den betroffenen lokalen Forstbeamten inzwischen ein umfangreiches Schutzkonzept aus zahlreichen Einzelmaßnahmen zusammengestellt. Geplant ist beispielsweise, in einigen Offenlandbereichen von Dahlem Gehölze anzulegen als Vernetzungselemente und Trittsteine für die Wildkatze, Bachtäler und Waldränder in Schleiden aufzuwerten sowie eine Unterführung unter der Bundesstraße 51 bei Baasem für die Wildkatze durchgängig zu gestalten. Bei Udenbreth wird das Umfeld einiger Panzersperren und Bunkerruinen der Westwallanlagen umgestaltet und eingezäunt, denn Wildkatzen nutzen Panzersperren als Strukturelemente und die Bunkeranlagen, um dort ungestört ihre Jungen aufzuziehen. Hinzu kommt die Anlage von zusätzlichen Versteckmöglichkeiten, Schlaf- und Wurfplätzen in Form von dauerhaften Holzpoltern, die Anlage von Kronenwällen sowie die Nutzungsaufgabe von einigen höhlenreichen Altholzbeständen. Die Maßnahmenplanungen wurden inzwischen vom Bundesamt für Naturschutz geprüft und die entsprechenden Mittel freigegeben. Damit kann die Umsetzung beginnen.

Als zweiten Baustein sammelten die Fachleute des BUND für genetische Vergleichsuntersuchungen Haarproben von Wildkatzen bei Schleiden und Rheinbach in der Eifel. Um an die Haare zu gelangen, brachten



Der scheuen Wildkatze auf der Spur. BUND-Expertinnen orten besenderte Tiere, um deren Lebensgewohnheiten zu erforschen

Fotos: Th. Stephan/Wildkatzensprung, R. Hermes



sie Holzpflocke im Wald aus und besprühten sie mit Katzen anlockender Baldrianlösung. Die Tiere reiben sich am rauen Holz und hinterlassen dabei Haare. Das Forschungsinstitut Senckenberg analysiert die Proben deutschlandweit und erstellt daraus eine Gendatenbank der Wildkatze, die Aufschluss über Wanderbewegungen, Verwandtschaftsverhältnisse und den Grad der Isolierung der verschiedenen Wildkatzenpopulationen geben wird.

Mehr Infos: www.bund-nrw.de/wildkatze

BUND für ökologisches Jagdgesetz

In 2014/2015 wird das Landesjagdgesetz novelliert. Laut Koalitionsvertrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen soll es einen „Paradigmenwechsel“ hin zu einem ökologischen Jagdgesetz geben. Wie dringend dies ist, zeigte der BUND mit seinen Initiativen auf.

BUND will Jagdzwang beenden

2013 hat der BUND NRW für die in seinem Eigentum befindlichen Grundstücke eine jagdliche Befriedung bei den jeweils zuständigen unteren Jagdbehörden beantragt. Hintergrund ist das derzeit geltende Bundesjagdgesetz, das Vereine dazu zwingt, Jagd auf ihren Grundstücken zu dulden. Damit wurde das für das deutsche



Recht verbindliche Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) aus dem Juni 2012 nur unzureichend umgesetzt. Der EGMR hatte festgestellt, dass ein Eigentümer nicht zur Jagd gezwungen werden darf, wenn er die Jagd aus ethischen Gründen ablehnt. Anders als das Bundesjagdgesetz schloss das Urteil Vereine nicht aus.

Durch Jagd kommt es zur Störung und Tötung gefährdeter Arten wie beispielsweise der Waldschnepfe. Auch dürfen zahlreiche Raubtier- und Vogelarten wie Füchse und Krähen – im Jagdjahr 2012/2013 allein in NRW 60.000 bzw. 160.000! – getötet werden, ohne dass dafür ein vernünftiger Grund gemäß Tierschutzgesetz vorliegt oder dies aus Naturschutzsicht begründet werden könnte. Zudem ist die jagdliche Hege, insbesondere die damit verbundenen Fütterungen, mitursächlich für zahlreiche Konflikte in Land- und Forstwirtschaft. Daher lehnen die BUND-Vertreter die Jagd in ihrer bisherigen

Form auf BUND-Grundstücken aus ethischen und naturschutzfachlichen Gründen ab. Wir gehen davon aus, dass der aus den 1930er Jahren stammende Jagdzwang im Rahmen der für 2014 angekündigten Jagdgesetznovelle abgeschafft werden wird und auch Vereine wie der BUND zukünftig selbst entscheiden können, ob Tiere auf ihren Grundstücken getötet werden dürfen.

BUND stellt Strafanzeige gegen Jäger

Nach dem Abschuss von mindestens fünf Exemplaren der geschützten Weißwangengans im BUND-Schutzgebiet ‚Welter Bach‘ bei Dülmen (Kreis Coesfeld) hatte der BUND im August Strafanzeige gegen den Jagdpächter und seine Jagdgäste gestellt. Diese waren durch Zeugen vor Ort bei der Ausübung der Straftaten beobachtet worden. Die Weißwangengans genießt in Nordrhein-Westfalen ganzjährige Schonzeit. Doch noch vor der Gerichtsverhandlung stellte das Amtsgericht Münster das Verfahren gegen Zahlung von 900 Euro je Angeklagten ein. Ein skandalöser Vorgang, der aufzeigt, dass Verstöße gegen Naturschutz- und Jagdrecht immer noch stiefmütterlich behandelt werden. Das Naturschutzgebiet „Bachauenkomplex am Welter Bach“ befindet sich teilweise im Eigentum des BUND und wird durch BUND-Mitglieder betreut. Das Gebiet bietet einer von nur drei landesweit vorkommenden Weißwangengans-Kolonien Lebensraum. Die Weißwangengans (*Branta leucopsis*), auch Nonnengans genannt, besitzt aufgrund ihrer Seltenheit in NRW keine Jagdzeit und ist damit ganzjährig geschont. Ein Teil der Weißwangengänse führte zudem noch Jungtiere. Somit liegen Verstöße gegen das Bundesjagdgesetz sowie gegen das Tierschutzgesetz vor.

In 2014 wird das Landesjagdgesetz in NRW novelliert werden. Der BUND fordert im Zuge dessen, sämtliche Vogelarten von der Liste der jagdbaren Arten zu streichen. Denn es gibt keinen vernünftigen Grund für die Tötung von Gänsen und anderen Vogelarten. Laut Tierschutzgesetz darf niemand einem Tier ohne vernünftigen Grund Schmerzen, Leiden oder Schäden zufügen. Da es in NRW keine wirtschaftliche Abhängigkeit von Wildvögeln gibt und diese keine nennenswerte Rolle bei der Ernährung spielten, müsste die Jagd auf Vögel eingestellt werden. Die Vergrämung bspw. von Ringeltauben und Gänsen, die auf landwirtschaftlichen Flächen erforderlich werden kann, funktioniert auch ohne Tötung der Tiere. Zudem würde durch ein vollständiges Vogeljagdverbot verhindert werden können, dass geschützte Vogelarten durch Schrotstreuung oder Verwechslung verletzt oder getötet werden. Auch könnte auf diese Weise Verstöße, die aufgrund der derzeit geltenden Selbstkontrolle der Jäger meist unentdeckt bleiben oder wie im vorliegenden Falle nicht effektiv geahndet werden, wirksam vorgebeugt werden.

Mehr Infos: www.bund-nrw.de/jagd

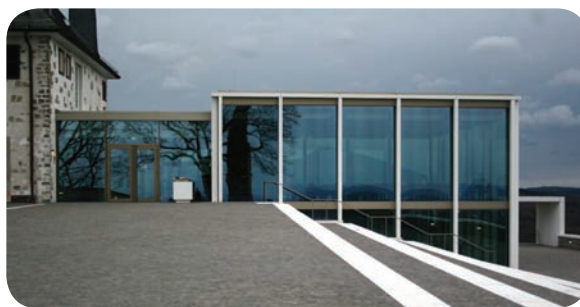
Vogelschutz am Drachenfels gesichert

Das Verwaltungsgericht Köln hatte im August 2012 der Klage des BUND stattgegeben und den Bescheid des Rhein-Sieg-Kreises zur Befreiung der Bauherrin des neuen Glaskubus auf dem Drachenfelsplateau von den Verboten des Naturschutzrechts aufgehoben. Allerdings reichte der Kreis daraufhin einen Antrag auf Zulassung der Berufung ein.

Der BUND hatte erfolgreich gerügt, dass die Fassadengestaltung und das Lichtkonzept für den geplanten Glaskubus nicht den rechtlichen Anforderungen zum Naturschutz im FFH-Gebiet Siebengebirge genügten. So brüten unter anderem Wanderfalke und Zippammer unmittelbar unterhalb des Drachenfels-Plateaus. Nach Schätzungen werden in Europa täglich 270.000 Vögel durch den Aufprall auf Glasfronten getötet.

Zwar war in dem neuen Glaskubus das vermeintliche Vogelschutzglas „Ornilux“ mit für Menschen unsichtbaren UV-Mustern verbaut worden, doch ist die Wirksamkeit dieses Glases sehr fraglich. Das räumte auch der NABU ein, der für „Ornilux“ wirbt. Abhilfe schaffen bspw. Vogelschutzstreifen, die in einem bestimmten Mindestabstand zu einander anzubringen sind.

Nun hatte das Oberverwaltungsgericht Münster über die Berufungszulassung des Kreises zu entscheiden. Vor diesem Hintergrund regte das Gericht Anfang Januar 2014 ein Treffen zwischen den beiden Parteien an. Das Gericht sah vor allem die Gefahr, dass ein Urteil des OVG die Genehmigungsbasis der gesamten Drachenfelsbebauung gefährden könne. Diese Wirkung wäre aber im Rechtsstreit unter Umständen unverhältnismäßig gewesen – und war auch nicht das Ziel des BUND.



Der neue Restaurant-Kubus auf dem Drachenfels drohte zur Todesfalle für Vögel zu werden. Der BUND konnte dies abwenden.

Foto: A. Baumgartner

Da der geforderte Vogelschutz in Form der zwischenzeitlich installierten Vogelschutzstreifen auf den Glasfronten erreicht werden konnte, entschloss sich der BUND schließlich, einem Vergleich zuzustimmen.

Aus BUND-Sicht ist dieses Ergebnis ein in der Sache guter Ausgang des Verfahrens. Am Glaskubus wird der Vogelschutz nun rechtlich abgesichert nach den aktuellen wissenschaftlichen Gesichtspunkten umgesetzt. Das Ergebnis zeigt zudem, dass sich der Verband der Sache wegen und nicht um des Klagens Willen einbringt. Allerdings verbinden wir mit der Lösung die Botschaft, dass im Siebengebirge zukünftig auch Naturschutzbehörden Naturschutz betreiben müssen, damit dieser nicht erst vom BUND gerichtlich durchgesetzt werden muss.

Mehr Infos: www.bund-nrw.de/naturschutz

Sumpfwiesen-Perlmutterfalter ist Schmetterling des Jahres 2013

Der Sumpfwiesen-Perlmutterfalter (*Boloria selene*) ist von BUND NRW Naturschutzstiftung und der Arbeitsgemeinschaft Rheinisch-Westfälischer Lepidopterologen zum Schmetterling des Jahres 2013 gekürt worden. Er lebt vor allem auf Feuchtwiesen, an Moorrändern und in Sümpfen, stellenweise auch auf Sandtrockenrasen. Hier finden seine Raupen die Hauptfutterpflanzen Sumpf- bzw. Hundsvielchen. Aufgrund der Zerstörung seiner Lebensräume gilt der Sumpfwiesen-Perlmutterfalter in Nordrhein-Westfalen laut aktueller Roter Liste als „stark gefährdet“.

Mehr Infos: www.bund-nrw-naturschutzstiftung.de/schmetterling2013

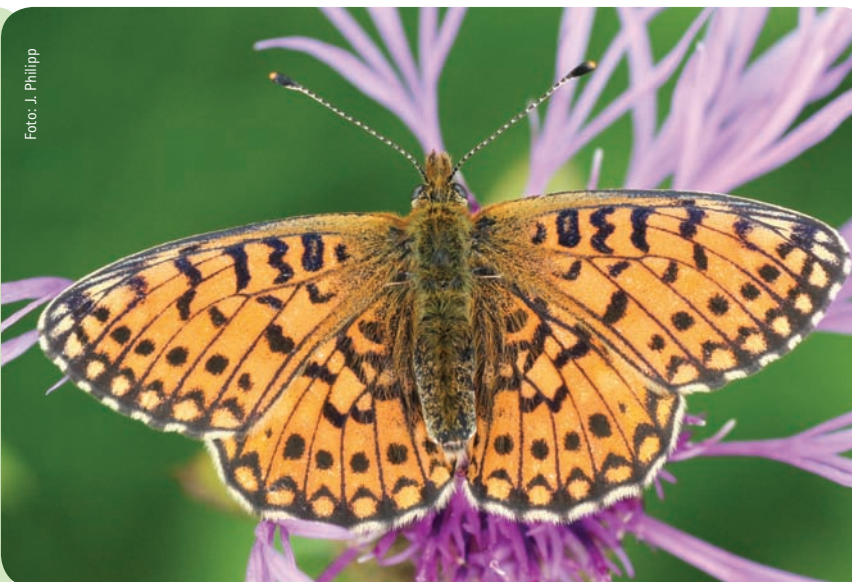


Foto: J. Philipp

Kahlschlag im Nationalpark Eifel

Am 1. Januar 2014 wurde der erste und bislang einzige Nationalpark Nordrhein-Westfalens 10 Jahre alt. Schon Mitte Dezember 2013 kritisierte der BUND anlässlich des Besuchs von Umweltminister Remmel im Nationalparkort Nideggen, dass in der Eifel bislang viele Chancen vertan wurden. Eine nahezu flächendeckende Jagd, Aufforstungen, Ausräumung von großflächigen Kahlschlägen und ein stellenweise unangepasster Wegebau widersprechen der Nationalpark-Idee und dem gesetzlichen Auftrag, natürliche Dynamik zu ermöglichen.

Nachträglich zum Geburtstag rüttelte ein Bericht des ARD-Magazins Plusminus die Nationalpark-Landschaft noch einmal ordentlich auf: ein 8,2 Hektar großer Fichten-Kahlschlag vom Spätsommer/Herbst 2013 stünde in kausalem Zusammenhang zu den skandalösen Holz-Lieferverträgen der schwarz-gelben Vorgänger-Regierung.

Das Umweltministerium dementierte und verwies auf die wissenschaftlichen sowie naturschützerischen Beweggründe. Doch leider passt dieser Fall in die ernüchternde Zwischenbilanz dieses Nationalparks – oder besser gesagt des Nationalpark-Forstamts.

Der Rückbau forstwirtschaftlicher Altlasten wie Fichtenforsten zählt längst zum Alltagsgeschäft des Naturschützers. Die Entnahme monotoner Plantagen initiiert oft erst eine Entwicklung von Waldökosystemen. Doch sich eine solche Maßnahme in einem Nationalpark, in der Größenordnung von 11 zusammenhängenden Fußballfeldern zu genehmigen, und dann noch zur Hälfte wieder aufzuforsten, ist ein klassischer Fall von Miss-Management. Auch wenn dem derzeit gültigen Nationalparkplan nicht widersprochen wurde und sich zumindest die nicht bepflanzte Kahlschlagsfläche sehr schnell positiv entwickeln wird, konterkariert diese Aktion jegliche Nationalparkbemühungen und schadet der Außendarstellung des Projekts.

Der Forderung des BUND, das Nationalparkamt aus dem Landesbetrieb Wald und Holz auszugliedern, wurde einmal mehr Nahrung gegeben. Auch die Überarbeitung des von Anfang an mangelhaften Nationalparkplans ist mehr als überfällig. Wir werden uns hier auch weiterhin aktiv einbringen: wo „Nationalpark“ draufsteht, muss zukünftig auch Nationalpark drin sein!

Mehr Infos: www.bund-nrw.de/nationalpark_eifel



Foto: wikimedia.org

Orchideenschutz im BUND

Die Erforschung und der Schutz der heimischen Orchideenflora zählt seit 1983 zu den Aufgaben des Arbeitskreis Heimische Orchideen (AHO) im BUND NRW. Über 200 Aktive pflegen Biotop, kartieren Orchideenvorkommen, bieten Exkursionen an und veröffentlichen die Ergebnisse ihrer wissenschaftlichen Arbeit auf Fachtagungen und in Publikationen.

Mehr als 50 Orchideenarten sind in Nordrhein-Westfalen heimisch. Gemeinsam mit den Arbeitskreisen der anderen Bundesländer kürt die AHO die Orchidee des Jahres. 2013 fiel die Wahl auf das in NRW stark gefährdete Purpur-Knabenkraut.

Mehr Infos: www.bund-nrw.de/themen_und_projekte/naturschutz/orchideenschutz/

Für Wald statt Forste

Die Vorstellung des Waldzustandsberichts 2013 war wieder einmal Anlass für den BUND, ein Umsteuern in der Waldpolitik des Landes zu fordern. Nur etwa ein Viertel der Bäume weist keine Schäden auf und der Anteil deutlich geschädigter Bäume nimmt zu.

Neben dem Klimawandel sind dafür nach wie vor die Schäden, die durch Schadstoffeinträge aus Industrie, Verkehr und industrieller Landwirtschaft verursacht wurden und werden, ursächlich. Diese können – wenn überhaupt – bestenfalls langfristig kompensiert werden. In diesem Zusammenhang ist der Bau neuer Anlagen zur Massentierhaltung ebenso kontraproduktiv wie das Festhalten von Teilen der Landesregierung am Bau neuer Kohlekraftwerke.

Außerdem macht sich negativ bemerkbar, dass ein Großteil unserer Wälder keine Wälder im ökologischen Sinne sind, sondern Plantagen. So ist der Waldzustandsbericht nicht von ungefähr eher ein Baumzustandsbericht und beziehe sich weniger auf die Lebensräume der Bäume. Im monotonen Forst sind Bäume anfälliger für alle möglichen Stressfaktoren. Nach Ansicht des BUND haben alle heimischen Baumarten die besten Aussichten, wenn sie sich als Teil ihrer naturnahen Lebensräume entwickeln könnten. Im Hinblick auf die Anpassung an den Klimawandel wird es entscheidend sein, die zahlreichen Aufforstungsexperimente Vergangenheit sein zu lassen und zukünftig auf aus sich selbst heraus gewachsene Wälder zu setzen, also auf Waldökosysteme statt auf Forste.

Der BUND forderte daher, staatliche Förderungen für Aufforstungen stark einzuschränken sowie auf landeseigenen Flächen die flächenhafte künstliche Verjüngung einzustellen. Dies würde zusätzlich positive Effekte für den Schutz der biologischen Vielfalt und andere Wohlfahrtswirkungen haben.

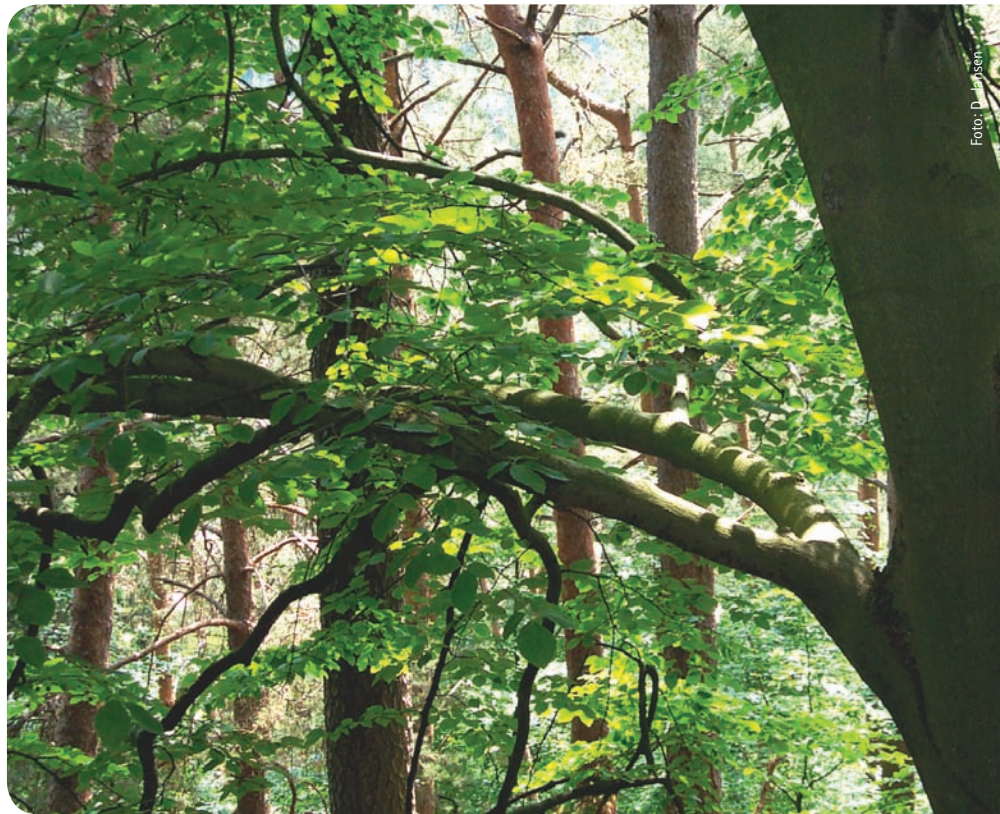


Foto: D. Jansen



Allee des Jahres 2013 ist in NRW

Die „Allee des Jahres 2013“ ist eine 150-jährige Lindenallee zwischen Augustdorf und Schlangen-Oesterholz am Teutoburger Wald in Nordrhein-Westfalen. Dies verkündete der BUND am „Tag der Allee“, dem 20. Oktober. Das beeindruckende Foto der geschlossenen Lindenallee von Thomas Ulrich sei beispielhaft für die Bedeutung von älteren Alleen für die Artenvielfalt, so die Jury zur Begründung ihrer Wahl.

BUND-Naturschutzprojekte

Auf Landesebene wird der BUND vor allem als politischer Verband wahrgenommen. Dabei wird verkannt, dass der BUND als Mitmachverband in erster Linie von seinen Aktiven vor Ort lebt. Zahlreiche Naturschutzprojekte zeugen von deren Engagement. Aber auch der BUND-Landesverband initiiert neben seiner fachpolitischen Arbeit etliche Naturschutzprojekte. Eine kleine Auswahl wollen wir hier vorstellen.



Foto: G. Falk

„Köln kartiert“ – Bürgerwissenschaft für die Flora Kölns

Im internationalen Jahr der Biodiversität 2010 wurde konstatiert, dass der Schwund von biologischer Vielfalt weiter voranschreitet. Und im „Europäischen Jahr des Ehrenamts“ 2011 musste festgestellt werden, dass das Ehrenamt im Naturschutz abnimmt. Gleichzeitig ist auch ein wachsendes Defizit bei der universitären Ausbildung im Bereich der Feldbiologie und Artenkenntnis zu beobachten, sodass die naturwissenschaftliche Erhebung von Biodiversität eigentlich immer stärker in die Verantwortung des ehrenamtlichen Naturschutzes fällt. Während also biologische Vielfalt schwindet, schwinden auch die Möglichkeiten, diese überhaupt zu erfassen. Wie sind diese beiden negativen Trends, die sich auch noch gegenseitig verstärken, aufzuhalten oder gar umzukehren? „Köln kartiert“ setzt auf Wissenschaft „von unten“, auf die Bürgerwissenschaft („citizen science“). Fachleute des BUND geben ihr Wissen in Praxiskursen und Exkursionen an interessierte Menschen unmittelbar weiter und multiplizieren so die Möglichkeiten, Pflanzenvielfalt erfassen und nachfolgend für ihren Schutz eintreten zu können.

Das Ziel ist, für die größte Stadt Nordrhein-Westfalens erstmals einen Pflanzenatlas zu erstellen. Gefördert wird das Projekt von der Stiftung für Umwelt und Entwicklung (SUE NRW).

<http://köln-kartiert.de>

„Ein Platz für Spatz & Co“

Fast 1.000 neue Brut- und Rückzugplätze wurden für die gefährdeten Gebäudebrüter während der zweijährigen Laufzeit des BUND-Projekts geschaffen. Hintergrund ist, dass bei Wärmedämmungsmaßnahmen an Gebäuden praktisch alle Nischen und Hohlräume verschlossen werden. Damit verlieren aber Gebäudebrüter Brutplatz und Lebensraum. Betroffen sind in erster Linie Haussperling, Hausrotschwanz, Mauersegler und Fledermäuse. Bei dem von der Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen (SUE) geförderten Projekt hat der BUND insgesamt 70 große Wohnungsbaugenossenschaften und -gesellschaften dafür gewinnen können, bei ihren aktuellen oder geplanten Sanierungsmaßnahmen Nisthilfen in die Wärmedämm-Verbundsysteme zu integrieren. Der BUND hat für die Gebäude jeweils entsprechende Gebäudebrüterkonzepte erarbeitet und auch die Umsetzung fachlich begleitet. Zahlreiche Städte und Gemeinden wurden überzeugt, zukünftig bei Sanierungen an ihren Gebäudebeständen Nisthilfen zu integrieren. Dank der SUE kann das Projekt auch in 2014 fortgesetzt werden.

www.gebaeudebrueterschutz.de

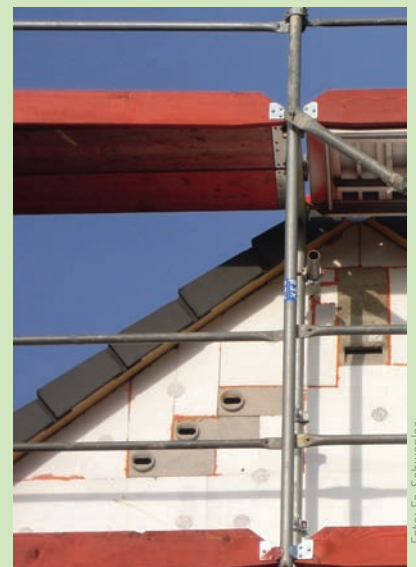
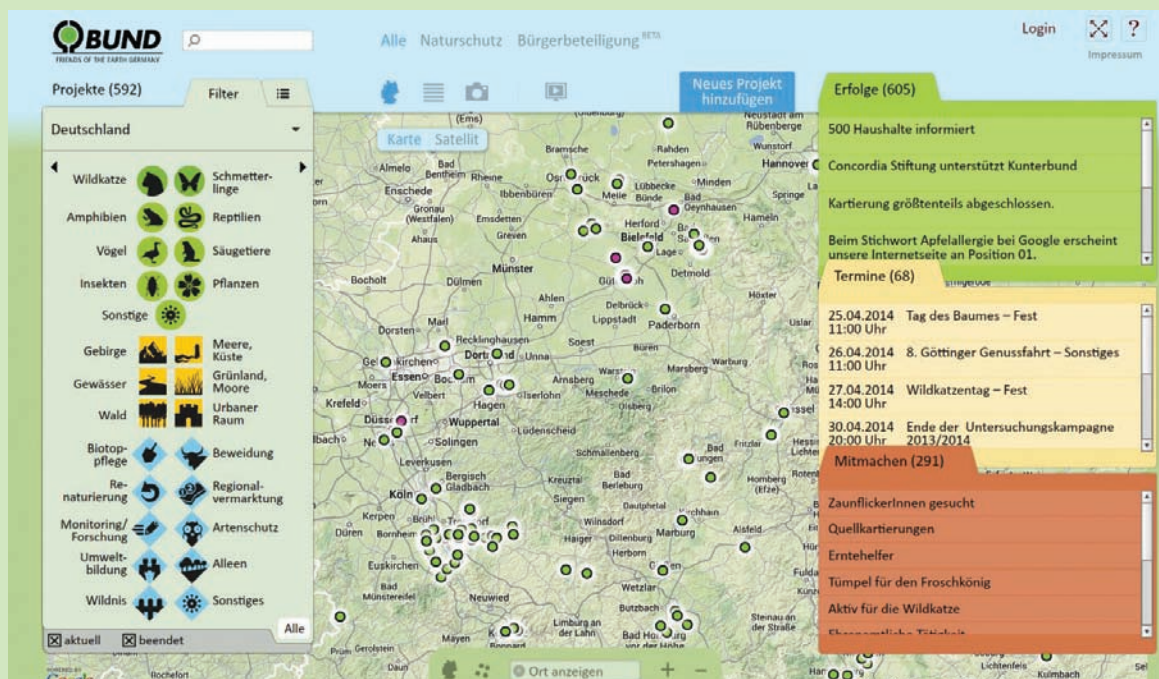


Foto: Fa. Schwiegler



BUND-AktionsNetzNatur

Das BUND-AktionsNetzNatur, kurz ANNA, ist eine Datenbank, in der wir Ihnen die lokale Naturschutzarbeit des BUND vorstellen. Hier erfahren Sie, wie praktischer Arten- und Biotopschutz deutschlandweit – und natürlich auch zwischen Rur und Weser – aussieht, wo wir anpacken und was unsere Erfolge sind. Sie wollen Naturschutz bei sich zu Hause erleben oder selbst mit anfassen? Zu vielen Projekten finden Sie aktuelle Termine und Mitmachangebote. Wir laden Sie herzlich ein!

<http://projekte.bund.net/>

Schwarzbuch Artenschutz

Der BUND legte im Dezember 2013 ein umfassendes „Schwarzbuch“ vor, in dem zahlreiche Fälle mit Artenschutzverstößen am Beispiel des Rhein-Sieg-Kreises dokumentiert werden. Dieses zeigt die enormen Vollzugsdefizite auf, die bei kommunalen Vorhaben im Arten- und Naturschutz bestehen. Leider ist die Situation im Rhein-Sieg-Kreis kein Einzelfall, den BUND-Landesverband erreichen regelmäßig ähnliche Problemfälle aus zahlreichen weiteren Kreisen. Das Schwarzbuch stellt 17 Einzelfälle vor, in denen die rechtlichen Vorgaben nicht ausreichend beachtet worden sind. Aufgeführt sind einzelne Bebauungspläne ebenso wie Baumfällungen oder der Abschuss der Kormorane an der Sieg. Besonders negativ ist dabei die Regionale 2010, ein Strukturförderprogramm des Landes NRW, aufgefallen. Gleich sieben Fälle aus dem Schwarzbuch sind der Regionale 2010 zuzuordnen. Sie hätten in dieser Form weder gebaut noch gefördert werden dürfen.

Dass in den letzten Jahren die Aufsichtsbehörden immer weiter geschwächt worden sind oder die Aufsichtsbehörden ihre Kontrollfunktionen kaum mehr ausfüllten, verleitet offenbar manche Kommunen dazu, sich über geltendes Recht einfach hinweg zu setzen. Die mit der kommunalen Selbstverantwortung verbundene Verantwortung für die öffentlichen Schutzgüter ist im Bereich Arten- und Naturschutz oft nicht erkennbar. Das Schwarzbuch Artenschutz wurde gefördert durch die Stiftung für Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen.

www.bund-rsk.de



Willkommen Wasserbüffel!

Wasserbüffel im Rheinland? Was dem Laien höchst befremdlich anmuten mag, ist längst Realität. In 2013 holte der BUND deshalb die internationale Wasserbüffel-Tagung des IFWL (Internationaler Förderverband zum Einsatz des Wasserbüffels als Landschaftspfleger in Europa e.V.) erstmals nach Nordrhein-Westfalen. Denn die vermeintlich exotischen Tiere erlangen im Naturschutz hierzulande eine wachsende Bedeutung.

Bei Wasserbüffeln werden Assoziationen mit südostasiatischen Ländern geweckt, vielleicht noch mit dem eigentlich aus Büffelmilch hergestellten Mozzarella Italiens. Der Anblick einer Herde in heimischen Gefilden dagegen ruft bei vielen Menschen zuerst Skepsis hervor: „Ist es denen hier nicht zu kalt?“, lautet eine oft gestellte Frage. Dass Wasserbüffel einmal natürliche Bewohner Mitteleuropas waren, ist verständlicherweise nicht präsent.

In der Wahner Heide vor den Toren Kölns sind sie seit 2010 heimisch. Hier bleiben sie das ganze Jahr über draußen. Ihr dichtes schwarzes Fell schützt sie vor eisigen Temperaturen, und im Winter können sie auf Baumrinde und Binsen ausweichen. Auf Wasser aber können sie auch in der kalten Jahreszeit nicht verzichten. Da sie fast keine Schweißdrüsen besitzen, liegen Wasserbüffel auch außerhalb unserer Badesaison mit Vorliebe in Tümpeln und Teichen. Das fortwährende

Schaffen von unbewachsenen Stellen auf nassen und feuchten Standorten ist ihre Spezialität. Gelbbauchunken, Heidelibellen und andere Pionierarten sind auf solche dynamischen Einflüsse angewiesen.

Aber auch ansonsten sind sie ein Gewinn. Nicht nur als Fleisch- und Milchlieferant, sondern vor allem als Botschafter für den Naturschutz. Sie sind Anziehungspunkt für Besucher und fördern so die Auseinandersetzung mit Themen unserer natürlichen Vielfalt. Über 80 Besucher aus ganz Deutschland konnten sich im vom BUND mitbetriebenen Naturschutzzentrum Turmhof und in der angrenzenden Wahner Heide davon überzeugen.



Foto: A. Baumgartner



Fledermausschutz im BUND

Der Schutz der nachtaktiven Jäger begeistert Experten und Laien. In verschiedenen Kreisgruppen im ganzen Land engagieren sich bereits BUND-Mitglieder aktiv für den Fledermausschutz. Im Südwesten von NRW wird so zum Beispiel vom BUND im Rahmen des Projektes „Grüner Wall im Westen“ eine alte Bunkeranlage für überwinterte Fledermäuse und Wildkatzen erhalten. Düsseldorfer Aktive sorgen sich um verletzte oder kranke Fledermäuse und pöppeln sie oftmals mit Erfolg wieder auf. Im Karstgebirge des Sauerlandes wurde von der örtlichen BUND-Gruppe die Kattensteinhöhle für Fledermäuse hergerichtet und, um Störungen zu vermeiden, verschlossen. Bei winterlichen Kontrollen können neben Wasser- und Bartfledermäusen auch Große Mausohren angetroffen werden, die im Schutz der Höhle den Winter verbringen. Auch in Ostwestfalen-Lippe engagieren sich die BUND-Experten für den Schutz von Gebäudequartieren und Baumhöhlen. Es gibt dort einige Pflegestationen für verletzte oder kranke Fledermäuse. Landauf landab informieren BUND-Aktive zudem mit Vorträgen und Exkursionen über die Bedeutung und den Schutz von Fledermäusen.



Fotos: C. Robbiller/naturfischer, B. Meier-Lammering

Lebendige Gewässer schaffen

Die Flüsse und Bäche sind die natürlichen Lebensadern unseres Landes. Doch trotz gesetzlicher Schutzvorgaben ist der Großteil der Gewässer zwischen Rur und Weser in einem ökologisch schlechten Zustand. Auch der Grundwasserschutz lässt vielerorts zu wünschen übrig. Grund genug für viele BUND-Gruppen, sich für lebendige Gewässer einzusetzen.

Neues aus dem Wassernetz

Seit 2004 ist das Wassernetz NRW – ein gemeinsames Netzwerk der Gewässeraktiven von BUND und den übrigen großen Naturschutzverbänden LNU und NABU – für den Gewässerschutz im Einsatz. Mit Rat und Tat steht es allen Interessierten zur Seite, wenn sie sich bei den behördlichen Maßnahmen zur Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) an ihrem Gewässer einbringen möchten. Und für den Gewässerschutz steht in den kommenden Jahren einiges an Mitwirkungsmöglichkeiten an – sei es etwa bei der Teilnahme an Runden Tischen, bei der Mitarbeit an Stellungnahmen oder bei dem Anstoß von Gewässer-Renaturierungen vor Ort. Dank der Finanzierung durch das Landesumweltministerium können sich die ehrenamtlich Aktiven an die in der Geschäftsstelle des BUND in Düsseldorf eingerichtete Anlaufstelle wenden. Sie bietet Beratung, Broschüren, einen regelmäßigen Rundbrief, Seminare, Vorträge und ein reichhaltiges Internetangebot rund um das Thema Gewässerschutz. Die Internetseite www.wassernetz-nrw.de ist die zentrale Informationsplattform. Dort bietet zum Beispiel das Wassernetz-WIKI Gelegenheit zum virtuellen Austausch über „Ihren“ Fluss oder Grundwasser und über beispielhafte Aktivitäten.

Der Neu-Start des Wassernetz NRW ist geglückt. Für die meisten der 12 NRW-Flussgebiete konnten weitere AnsprechpartnerInnen gewonnen werden, das Auftaktseminar „Gewässerschutz vor der eigenen Haustür“ wurde rege angenommen, die WassernetzerInnen zeigten

bei wichtigen Behörden-Terminen Präsenz und die neue Reihe „Dialog am Bach“ fand ein positives Echo.

14-Punkte-Plan vorgelegt

Anlässlich der ersten Anhörung zur Fortschreibung der Gewässerschutz-Maßnahmen für die NRW-Flussgebiete hatte das Wassernetz NRW Mitte Juni 2013 seine umfassende Stellungnahme an die Landesregierung verschickt.

Die das Netzwerk tragenden Umwelt- und Naturschutzverbände BUND, NABU und LNU NRW forderten, dass der Zeitplan und das Arbeitsprogramm für die Erstellung des künftigen Bewirtschaftungsplans für die Gewässer zwischen Rur und Weser auch klären müssen, wie die noch unerledigten Hausaufgaben aus den gültigen Planungen bis Ende 2015 erfüllt werden. Zum Beispiel ist wenig passiert, um der Nitratverunreinigungen aus der Intensiv-Landwirtschaft Einhalt zu gebieten.

Jeder dritte Grundwasserkörper erfüllt nicht die Grenzwerte für Nitrat und kann daher nur durch aufwendige Reinigungen als Trinkwasserquelle genutzt werden. Dabei sind in nährstoffsensiblen Gebieten, zu denen auch die gesamte Fläche NRWs gehört, bis 2015 die Nitratgrenzwerte entsprechend der EU-Wasserrahmenrichtlinie einzuhalten. Auch bei den Flüssen wird mehr als 80 Prozent der Gewässerlänge nicht den geforderten guten Zustand bis 2015 erreichen, weil zu wenig gegen Verbauungen im und am Fluss unternommen wurde. Mit



Foto: P. Kröfges



Treffpunkt Bach: Zahlreiche BUND-Gruppen setzen sich vor Ort für den Schutz ihres Gewässers ein. Foto: P. Kröfges

dem 14-Punkte-Plan schlägt das Wassernetz einen Ausweg aus diesem Missstand vor, für den Land, Kommunen und Nutzer wie die Land-, Energie- und Bauwirtschaft verantwortlich sind. Diese Initiative fand auch in der medialen Berichterstattung Aufmerksamkeit. Das Umweltministerium versprach in einer ersten Reaktion, die Berichterstattung zu verbessern.

Viel Engagement vor Ort

Rund 80 Interessierte von Orts- und Kreisgruppen sowie Biologischen Stationen nahmen an der Befragung des Wassernetzes teil, um über ihre Erfahrungen, Aktivitäten und Anregungen zum Gewässerschutz vor Ort zu berichten. Aus Sicht der meisten Befragten gibt es auf Ebene der Gemeinden und Kreise Beanstandungen zum Gewässerschutz. In mehr als 80 Prozent der berücksichtigten Kommunen wird die WRRL nicht voll und ganz umgesetzt.

Die Befragten führen zugleich sehr differenziert auf, wo es hakt und was gut läuft. Zum Teil fehlt nicht nur der Wille, sondern auch die Unterstützung. Erfreulich ist, dass es auch Positives von Gemeinden in Finanznöten zu berichten gibt. Genauso ermutigt die Aussage, dass die Mehrheit der Befragten weiterhin für die Renaturierung von Gewässern und zum Schutz von Wildtieren aktiv bleibt und den Austausch mit dem Wassernetz sucht.

Abwasserrohre – dicht und sicher!

Der BUND Landesarbeitskreis Wasser hatte sich auch 2013 intensiv damit befasst, wie das Land den Umgang mit Abwasserrohren weiter regeln soll. Denn wer möchte, dass wegen undichter Kanäle unbemerkt krebserregende Schadstoffe, Krankheitskeime oder übelriechende Abwässer in unsere natürlichen Trinkwasserquellen sickern können oder in der Nähe von Kinderspielflächen, Biotopen und Kleingärten entweichen?

Entsprechende Beratungen zu neuen gesetzlichen Regelungen („Kanal-TÜV“) wurden mit Stellungnahmen begleitet bzw. bewertet. Die am 9. November 2013 in Kraft getretene Landesverordnung zur Selbstüberwachung von Abwasserleitungen (kurz SÜwVO Abw) bietet aber noch zu viel Spielraum. Im Prinzip ist die Überprüfung betagter Rohre vorerst nur in Wasserschutzgebieten durchzuführen, wobei diese Prüfung in bestimmten Fällen bis 2020 gestreckt werden kann. Allerdings können die Kommunen auch eher aktiv werden. Der Arbeitskreis bietet Argumente und Aktionsmaterialien wie ein Musteranschreiben an den Bürgermeister oder Gemeinderat.

Mehr Infos: www.bund-nrw.de/themen_und_projekte/wasser/

Flächenverbrauch minimieren

Der Flächenverbrauch ist eine wesentliche Ursache für den Verlust an Biodiversität. Die unwiederbringliche Zerstörung natürlichen Grund und Bodens und der unumkehrbare Verlust unverbauter Landschaftsräume gilt daher als eines der größten Probleme des Naturschutzes. Doch der Flächenverbrauch verharrt weiterhin bundesweit und in Nordrhein-Westfalen auf einem hohen Niveau. In Nordrhein Westfalen sind im langjährigen Mittel ca. 15 Hektar Freiraum täglich in Siedlungs- und Verkehrsflächen umgewandelt worden. Der BUND setzt sich daher seit langem für den Stopp des Flächenfraßes ein.

Landesplanung ökologisieren

Die Landesplanung ist ein sprödes Thema. Gleichwohl werden hier wichtige Festlegungen für die Flächennutzung in Nordrhein-Westfalen gelegt. Deshalb beteiligt sich der BUND ganz aktiv auf allen Planungsebenen, sei es bei der Aufstellung von Bebauungs- und Regionalplänen oder beim Landesentwicklungsplan (LEP).

Letzterer befindet sich derzeit in der Überarbeitung. Gemeinsam mit den anderen nordrhein-westfälischen Natur- und Umweltschutzverbänden hat der BUND daher bei der Landesregierung eine umfangreiche Stellungnahme zum LEP-Entwurf eingereicht. Dabei mussten wir feststellen, dass insgesamt das Ziel, die natürlichen Lebensgrundlagen nachhaltig zu sichern, deutlich verfehlt wird. Es mangelt in vielen Bereichen an Zielgenauigkeit und Regelungsdichte. Nur an wenigen Stellen trifft der LEP-Entwurf die notwendigen verbindlichen Vorgaben für die Regionalplanung.

Positiv sehen wir das Ziel der Landesregierung, das tägliche Wachstum der Siedlungs- und Verkehrsfläche bis 2020 auf 5 Hektar und langfristig auf "Netto-Null" zu reduzieren. Allerdings muss das 5-Hektar-Ziel dringend konkretisiert werden. Siedlungsflächenreserven ohne Bedarfsnachweis müssen zurückgenommen, das Flächenrecycling als Ziel verankert werden. Die Standorte für flächenintensive Großvorhaben sind zu streichen, ebenso wie interkommunale Gewerbegebiete inmitten des Freiraums. Darüber hinaus müssten neue Gewerbeflächen an die Voraussetzung eines vorhandenen oder verbindlich geplanten Bahnanschlusses gekoppelt werden.

Der BUND fordert die Landesregierung auf, den Entwurf des Landesentwicklungsplans grundlegend nachzubessern. Die Chance, mit anspruchsvollen landesplanerischen Vorgaben für die nächsten 20 Jahre zu einer Versöhnung von Ökonomie und Ökologie beizutragen, darf nicht vertan werden.

Der weitere Verlauf wird zeigen, inwieweit die Landesregierung gewillt ist, den wohlfeilen Formulierungen im Koalitionsvertrag auch die entsprechenden Taten folgen zu lassen.



Foto: D. Jansen

Verkehrspolitisch umsteuern

Realitätsfremd geht es nicht mehr: Für den neuen Bundesverkehrswegeplan 2015 sollten dem Bund vom Land NRW ursprünglich mehr als 350 Straßenbauprojekte zur Bewertung vorgeschlagen werden. Neu davon sind 72 Vorhaben, 206 Einzelmaßnahmen sind im aktuellen Bundesfernstraßenbedarfsplan 2004 ausgewiesen, aber noch nicht realisiert. Und das in Zeiten, in denen die finanziellen Mittel noch nicht einmal ausreichen, den notwendigen Straßenunterhalt zu sichern. Der BUND kritisierte diese „ausufernde Wunschliste“ des NRW-Verkehrsministeriums und reichte für besonders umweltschädliche Projekte ausgearbeitete Alternativvorschläge ein.

Der in Aufstellung befindliche Bundesverkehrswegeplan (BVWP) für die Zeit ab 2015 sammelt alle vom Bund finanzierten Straßen-, Schienen- und Wasserstraßenprojekte, die die Bundesregierung in den nächsten 15 Jahren für wichtig hält. Schon jetzt enthält der derzeit geltende BVWP eine lange „Wünsch-Dir-Was“-Liste von „Provinzfürsten“ und

MinisterpräsidentInnen. Ungeachtet der verkehrs- und umweltpolitischen Sinnhaftigkeit wurde offenbar kaum ein Gedanke daran verschwendet, wie das Ganze eigentlich finanziert werden soll: So werden laut Bundesverkehrsministerium allein bis Ende 2013 Straßenbauprojekte im Wert von ca. zwölf Milliarden Euro „planfestgestellt“ sein – d.h., rein theoretisch könnte man mit dem Bau loslegen. Beim momentanen jährlichen Verkehrsetat würde es jedoch 15 Jahre (!) dauern, um diese Projekte fertigzubauen.

Neu ist, dass jetzt auch Verbände wie der BUND Alternativen zu den Planungen der Länder anmelden dürfen. Der BUND sieht darin einen ersten wichtigen Schritt hin zu mehr zivilgesellschaftlicher Beteiligung an entscheidenden Weichenstellungen für die Infrastrukturentwicklung der kommenden 15 Jahre. Für einige ökologisch besonders umstrittene Fernstraßenanmeldungen hat der BUND deshalb

beim NRW-Verkehrsministerium umweltverträgliche, kostengünstige und schneller umsetzbare Alternativplanungen eingereicht. Dazu gehören größere Alternativprojekte zur B 64 bei Warendorf, der A 1 durch die Eifel, zur A 46 im Sauerland und der A 445 Werl/Nord-Hamm/Rhynern. Kern der BUND-Alternativen sind der Ausbau des Schienennetzes sowie intelligente Optimierungen des existierenden Verkehrsnetzes. Einige dieser Alternativvorschläge wurden inzwischen vom Landesverkehrsministerium aufgegriffen.

Mit der Meldung der Projekte begann die Bewertungsphase. Die Veröffentlichung des BVWP-Referentenentwurfs ist für das zweite Halb-jahr 2015 geplant. Dann soll es auch weitere Konsultationsgespräche mit den Umweltverbänden geben. Ende 2014 entscheidet schließlich das Bundeskabinett über den Bundesverkehrswegeplan 2015.



Erfolgreicher Einsatz vor Gericht. Das BUND-Team erreichte die Aufhebung des B 474n-Urteils.

Fotos: D. Jansen

BUND-Klage gegen B 474n

Der langjährige Rechtsstreit um den geplanten Neubau der Bundesstraße B 474n, Teilabschnitt Datteln, geht in die nächste Runde.

Das Bundesverwaltungsgericht hob die Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts Münster vom 18. Januar 2013 auf und verwies sie zur erneuten Verhandlung an das OVG zurück. Damit hat sich der BUND mit seiner Beschwerde gegen die Nichtzulassung der Revision gegen das Urteil durchgesetzt.

Das Bundesverwaltungsgericht beanstandete, dass das Recht des BUND auf rechtliches Gehör verletzt worden sei, weil der ausführliche Vortrag zu den artenschutzrechtlichen Verboten der Tötung geschützter Arten und des Verbots der Zerstörung von Lebens- und Ruhestätten vom Gericht weder hinreichend zu Kenntnis genommen noch gewürdigt worden waren. Dabei geht es insbesondere um den Schutz von Vogelarten. In seinem Urteil vom 18. Januar 2013 hatte der 11. Senat sogar die von den Straßenplanern schriftlich selbst zugegebenen artenschutzrechtlichen Verstöße ignoriert. Auch die vorgesehenen Schutzmaßnahmen im Waldgebiet „Die Deipe“ waren nicht sachgemäß geprüft worden.

Der BUND hofft jetzt, dass seine Kritik bei der erneuten Gerichtsverhandlung gewürdigt und die verfehlte Straßenplanung endlich beendet wird.

Die B 474 n sollte ursprünglich die Bundesautobahn A2 im Süden mit der Bundesautobahn A 43 verbinden und im Rahmen der damals geplanten Bergbaunordwanderung eine zusätzliche überregionale Verkehrsverbindung in den niederländischen Grenzraum darstellen. Der Südabschnitt ‚Waltrop‘ der Planung ist bereits 1994 vor dem Oberverwaltungsgericht in Münster gescheitert, zudem wurde die Planung für den Nordabschnitt bei Olfen und Dülmen mangels Bedarf eingestellt. Vorliegend geht es noch um den mittleren Abschnitt ‚Datteln‘, der jedoch nach Auffassung des BUND keine nennenswerte Verkehrsbedeutung hat. Dies auch vor dem Hintergrund, dass die ursprünglich zur Planrechtfertigung heran gezogene Anbindung des vor dem Scheitern stehenden newPark-Projektes als Argument ausfällt.

Mehr Infos: http://www.bund-nrw.de/themen_und_projekte/verkehrspolitik/

Agrarfabriken stoppen

Ob auf der Straße, am Ackerrand, in Ministerien und Behörden, bei Veranstaltungen, in Projekten, Gremien und Netzwerken oder notfalls auch vor Gericht: Die BUND-Aktivitäten für eine umwelt- und tierschutzgerechte Landwirtschaft haben viele Facetten und umfassen ein breites Themenspektrum von Tierhaltung über Gentechnik bis hin zu Agrarsubventionen, Gülle, Biogasanlagen, Ökolandbau, Streuobstwiesenschutz u.v.m. Vor allem die Intensivtierhaltung und die immens hohe Fleischproduktion mit ihren Schattenseiten für Mensch, Tier und Umwelt waren im Jahr 2013 erneut ein Schwerpunkt unserer Arbeit. Gemeinsam mit unseren Gruppen vor Ort mischten wir uns beherzt und streitbar in politische und öffentliche Diskussionen ein und drängten auf eine Neuausrichtung der Agrarpolitik. Dabei standen wir auch vielfach den Medien Rede und Antwort.

Wir haben es satt

Wir haben Agrarindustrie satt' - unter diesem Motto demonstrierten im Januar 2013 erneut rund 25.000 BäuerInnen, Umwelt- und TierschützerInnen, ImkerInnen und VerbraucherInnen gemeinsam bei eisiger Kälte im Berliner Regierungsviertel für eine neue Agrarpolitik - auch viele BUNDlerinnen und BUNDler und die BUNDjugend aus NRW beteiligten sich hieran. Mehrere BUND-Gruppen organisierten Busse für die Anreise und mobilisierten vor Ort. Dass es gelang, nach den Jahren 2011 und 2012 bereits zum dritten Mal hintereinander so viele Menschen mitten im Winter auf die Straße zu bringen, motivierte. Und so folgte Anfang 2014 gleich eine weitere Demonstration mit nun sogar 30.000 Menschen. Die große Resonanz zeigt: Die Menschen wollen eine andere Agrarpolitik, Tierfabriken sind hierzulande unerwünscht.

Hauptattraktion des Demozuges war wie immer der BUND-Lkw. Fetziges Musik der BUND-DJs sorgte dafür, dass den Demonstrierenden nicht kalt wurde.



Foto: D. Jansen

Artgerechte Tierhaltung statt Turbomast

Der Trend zu immer neuen und größeren Tierbeständen und der Erweiterung vorhandener Mastanlagen setzte sich im Jahr 2013 fort. Bereits im Zeitraum von 2009-2012 waren in NRW mehr als 4,7 Mio neue Hühnermastplätze beantragt bzw. genehmigt worden. ‚Spitzenreiter‘ mit jeweils mehreren hunderttausend neuen Mastplätzen waren die Kreise Soest, Borken, Steinfurt, Warendorf, Coesfeld und Kleve sowie die Kreise Minden-Lübbecke und Gütersloh in Ostwestfalen. vielerorts mischten sich BUND-Gruppen mit Stellungnahmen, Unterschriftensammlungen, Veranstaltungen und Aktionen in die laufenden Planungen ein und wurden hierbei vom Landesverband nach Kräften unterstützt.

Der Schutz von Mensch und Natur vor Schadstoffen in der Abluft von Mastställen mit vielen tausenden Tieren sollte eine Selbstverständlichkeit sein. Doch erst 1 Prozent der Anlagen zur Schweine- und Geflügelhaltung in Deutschland sind bislang mit Abluftreinigungsanlagen ausgestattet. Ungeachtet aller grundsätzlicher Kritik an dieser Art der Tierhaltung bezog der BUND gemeinsam mit den anderen anerkannten Naturschutzverbänden fundiert Stellung zum Erlass des Umweltministeriums zur Abluftreinigung von Tierhaltungsanlagen, drängte auf Nachbesserungen und legte konkrete Vorschläge für einen besseren Schutz für Mensch und Natur vor den Stallemissionen vor. Bauernverband und Mästerlobby liefen gegen fast jegliche Verbesserungen Sturm, dennoch: Erstmals wird in NRW



nun verbindlich die Problematik resistenter Keime in der Stallabluft in den Blick genommen – eine langjährige Forderung des BUND fand endlich Gehör.

Weiterhin führte der BUND NRW eine umfangreiche Recherche zur Putenhaltung in Nordrhein-Westfalen durch, die einmal mehr die miserablen Haltungsbedingungen in der Putenmast, die Aushöhlung des Tier-schutzrechts und fragwürdiges Behörden-handeln offenlegte. Die Ergebnisse wurden Anfang 2014 im BUNDhintergrund „Putenhaltung in NRW – Ergebnisse einer BUND-Recherche 2013 / 2014“ veröffentlicht.



Gemeinsam mit dem BUND-Bundesverband und unseren MitstreiterInnen von Friends of the Earth starteten wir eine online-Kampagne, um die neue Bundesregierung dazu zu bewegen, sich auf EU-Ebene gegen die Zulassung auszusprechen. Doch diese war sich uneins und enthielt sich – ein fatales Signal! Voraussichtlich im Frühjahr 2014 entscheidet nun die gentechnikfreundliche EU-Kommission über das Vorhaben. Wir werden weiter Druck machen!

In den Futtertrögen der Mastställe zwischen Rhein und Weser landen unterdessen weiterhin Tag für Tag riesige Mengen Futter, z.B. aus genmanipulierten Sojapflanzen aus Übersee. Sie werden dort unter Inkaufnahme massiver Umwelt- und Gesundheitsschäden angebaut. Umweltzerstörung wird so von NRW aus in andere Erdteile ‚exportiert‘. Der BUND kämpft deshalb weiterhin dafür, GVO-Futtermittel zurückzudrängen und wirbt für das Label ‚ohne Gentechnik‘.

Für gentechnikfreie Äcker und Futtertröge

Wie in den Vorjahren waren die Äcker in NRW auch 2013 gentechnikfrei – ein großer Erfolg unserer gemeinsamen Arbeit und des vielfältigen genkritischen Widerstands in Deutschland. Doch die gentechnikfreie Landwirtschaft ist massiv bedroht: Die EU unternahm Ende 2013 konkrete Schritte, den Anbau des genmanipulierten Mais 1507 zuzulassen. Weitere Zulassungsanträge für andere Genmais-Sorten sind in der Pipeline. Der Mais 1507 produziert permanent in jedem Teil der Pflanze Insektengifte, die den Hauptschädling des Mais, den Maiszünsler, töten sollen. Doch nicht allein der Maiszünsler, auch viele weitere Insekten wie Schmetterlinge und Motten sind hierdurch bedroht. Weiterhin wurde das Erbgut der Pflanze derart geändert, dass sie gegen das Unkrautvernichtungsmittel Glufosinat resistent ist. Glufosinat gilt als hochgradig toxisch.

Biogas nutzen – ‚Vermaisung‘ stoppen

Nordrhein-Westfalen braucht eine konsequente Energiewende in allen Bereichen des öffentlichen, privaten und wirtschaftlichen Lebens, in den Städten ebenso wie im ländlichen Raum. Von diesem Ziel sind wir noch weit entfernt und Wind- und Solarenergie alleine werden nicht ausreichen, ebenso wenig sind alle Standorte hierfür gleichermaßen verträglich oder geeignet. Die umweltgerechte Erzeugung von Biogas ist

Der Januar ist wettertechnisch nicht gerade ein Wonnemonat. Trotzdem kamen auch 2013 wieder 25.000 Menschen nach Berlin, um für die Agrarwende zu demonstrieren. Foto: D. Jansen



Maismonokulturen so weit das Auge blickt. Mit einer ökologischen energetischen Nutzung von Biomasse hat das nichts mehr zu tun.

Foto: M. Harengerd



daher ein wichtiger Baustein im Mix der erneuerbaren Energien. Absoluter Vorrang hat für den BUND hierbei die Nutzung schadstofffreier organischer Abfälle wie z.B. Grünschnitt oder Laub in kleineren, dezentralen Anlagen mit Kraft-Wärme-Koppelung.

Bei einem Anbau von ‚Energiepflanzen‘ sind sehr genau die Auswirkungen auf Natur und Landschaft zu beachten. Auch gilt es eine bäuerliche Landwirtschaft zu erhalten, in der Bauern nicht in die Rolle des billigen Rohstofflieferanten gedrängt werden, sondern die Wertschöpfung auf dem Lande verbleibt. Fehlentwicklungen zum Beispiel beim Maisanteil oder stark ansteigende Pachtpreise sind eine deutliche Mahnung. Sie erfolgen vor allem dort, wo neben einem an sich schon viel zu intensiven Maisanbau infolge von Massentierhaltung auch auf Mais ausgelegte Biogasanlagen mit großen Kapazitäten betrieben werden, z.B. im nördlichen Münsterland. BUND-Ziel ist es, die regenerativen Energien insgesamt deutlich voranzubringen, die Ausweitung des Maisanbaus zu stoppen und mit Blick auf Biogas den Fokus hin zu blütenreichen Pflanzen und Mischkulturen ohne Einsatz von Spritzmitteln zu richten.

Gülle, Nitrate, Gewässerschutz

Stärker als in den Jahren zuvor war auch die Verunreinigung des Grundwassers und unserer Oberflächengewässer durch unsachgemäße und viel zu starke Gülleausbringung ein heiß diskutiertes Thema. Ein Drittel der Grundwasserkörper in NRW ist mit Blick auf die Nitratbelastung in einem schlechten Zustand. Während die landwirtschaftliche Fläche in NRW leicht rückläufig ist, stieg die Zahl der in NRW gehaltenen Tiere und damit die Menge an tierischen Ausscheidungen weiter an. Die Folge ist ein Gülle- und Trockenkot-Tourismus quer durchs Land, ergänzt durch Importe aus den Nie-

derlanden. Regelmäßig gehen beim BUND Anfragen und Beschwerden aus der Bevölkerung ein, die dieser Entwicklung ohnmächtig gegenüber stehen. Verlängerte Sperrzeiten für die Gülleausbringung, andere Ausbringungstechniken, größere Güllelager und mehr mögen sinnvolle Einzelmaßnahmen sein, den Eintrag von Nitraten und Gerüche zu vermindern, das Hauptproblem – der große Nährstoffüberschuss durch den viel zu hohen Tierbestand – wird damit nicht gelöst. Wenige Tiere und eine extensivere Haltung täten somit auch dem Gewässerschutz gut! Auch als wichtiger Akteur im Wassernetz NRW, einem gemeinsamen Projekt der Naturschutzverbände in NRW, setzt sich der BUND an vielen Stellen dafür ein, dass Land und Kommunen konsequenter für eine gewässerverträgliche Landwirtschaft handeln.

Gefragter Ansprechpartner

Der BUND beantwortete im Jahr 2013 erneut zahlreiche Anfragen zu diesen und vielen anderen Themen. Wir beteiligten uns mit Referenten und Diskussionsteilnehmer an diversen Veranstaltungen und brachten unsere Positionen in den ‚Dialog Landwirtschaft und Umwelt‘ des NRW-Umweltministeriums und den Begleitausschuss zum ‚NRW-Programm Ländlicher Raum‘ ein. Schon seit vielen Jahren beteiligen wir uns finanziell an vorbildlichen Agrarprojekten wie dem „Märkischen Landmarkt“ und der „Upländer Bauernmolkerei“.

Unser Dank gilt einmal mehr all denjenigen, die sich an den vielfältigen Aktivitäten beteiligt und unsere Arbeit unterstützt haben! Auf die bevorstehenden Auseinandersetzungen mit Politik und Agrarindustrie sind wir gut vorbereitet und wissen hierbei den Großteil der VerbraucherInnen hinter uns. Machen auch Sie mit!

Mehr Infos: www.bund-nrw.de/themen_und_projekte/landwirtschaft_gentechnik/

Obstwiesenschutz im BUND

Von der niederländischen Grenze bis hin nach Ostwestfalen engagieren sich BUND-Gruppen in NRW im Streuobstwiesenschutz. Sie legen neue Obstwiesen an und pflanzen in alten Beständen junge Bäume nach; sie schneiden die Gehölze fachgerecht und ‚erziehen‘ sie beim Kronenaufbau; sie schützen die Bäume vor Verbiss, halten Baumscheiben offen, mähen die Wiesen oder lassen sie mit Schafen beweiden. Es gibt immer etwas zu tun! Sie kartieren Obstwiesen und erarbeiten Vorschläge, um die Flächen langfristig zu erhalten, bieten Schnittkurse und Führungen an.

Herausragend sind die vielen Saftprojekte: Die BUND-Aktiven sammeln Jahr für Jahr tonnenweise Streuobstpfel und richten zur Erntezeit Sammelstellen ein; dabei belohnen sie die Obstwiesenbesitzer mit einem höheren Preis als allgemein üblich und lassen deren Früchte zu naturtrübem Saft vermosten.

Die Arbeit macht Freude und zeigt Erfolge! Zahlreiche Obstwiesen konnten erhalten werden – und damit wertvoller Lebensraum für viele Tierarten. Insbesondere Vögel, Käfer, Schmetterlinge und Kleinsäuger profitieren von dem reichhaltigen Angebot an Höhlen, Blüten und herabfallenden Früchten. Das Bewusstsein für die vielen altbewährten regionalen Obstsorten wird gestärkt.

Sie möchten selber Obstbäume pflanzen?

Hinweise auf geeignete Sorten und Baumschulen in Ihrer Region sowie eine Übersicht über die BUND-Streuobstprojekte in NRW finden Sie unter http://www.bund-nrw.de/themen_und_projekte/landwirtschaft_gentechnik/obstwiesenschutz_streuobstvermarktung/

Industrie ökologisieren

Nordrhein-Westfalen ist das wichtigste Industrieland Deutschlands. Etwa die Hälfte aller Arbeitsplätze ist direkt oder indirekt von der industriellen Produktion abhängig. Trotz unbestreitbarer Fortschritte bleibt der ökologische Umbau unserer heimischen Industrie jedoch eine Herkulesaufgabe. Ein Sorgenkind dabei ist die Chemieindustrie mit ihrer nicht enden wollender Serie von Störfällen. Aber auch die Bayer-Kohlenmonoxid-Pipeline sorgt seit Jahren für Aufregung. Der BUND widmet sich auch diesen Themen intensiv. Ob bei der Mitwirkung in Genehmigungsverfahren, im Landesbeirat für Immissionsschutz oder im direkten Diskurs, in vielen Gesprächen werben wir für eine zukunftsfähige Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen.

Dauerproblem Shell

Die Rheinland-Raffinerie des Shell-Konzerns vor den Toren Kölns hielt den BUND auch zum Jahreswechsel 2013/2014 in Atem. Das Unternehmen setzte seine Panzerserie aus den Vorjahren nahtlos fort. Am 9. Januar 2014 versetzte die Explosion eines mit dem giftigen Toluol gefüllten Schwimmdachtanks die Bevölkerung in Angst und Schrecken. Außerdem waren Anfang November 2013 zwei Arbeiter bei einer Verpuffung im Godorfer Werk schwer verletzt worden. 2012 wurde bekannt, dass in Wesseling vier Wochen lang über eine Million Liter Kerosin unbemerkt ins Erdreich ausgelaufen waren. Derzeit wird dieser „Kerosin-See“ abgeschöpft sowie Boden und Grundwasser saniert. Zwischen Oktober und Dezember 2012 gab es fünf weitere Leckagen an oberirdischen Rohrleitungen im Werk Godorf. Grund genug für den BUND, die Zuverlässigkeit der Shell-Verantwortlichen öffentlich zu hinterfragen und heftige Kritik an der Geschäftspolitik und dem Krisenmanagement des Unternehmens zu äußern. Zudem speiste der BUND in Politik und Genehmigungsbehörden etliche Vorschläge für ein umfassendes Sanierungskonzept der maroden Pipelines ein und forderte die dauerhafte Beseitigung der Sicherheitsmängel. Mit Erfolg. Auch der Landtag kritisierte die Shell-Geschäftspolitik und Umweltminister Johannes Remmel kündigte Konsequenzen an.



BUND-Experte Paul Kröfges am Ort des Kerosin-Pipeline-Lecks der Shell Rheinland Raffinerie. Die Sanierung des Schadens wird noch etliche Jahre dauern. Fotos: D. Jansen

Luftreinhaltung kommt voran

Spätestens seit 1999 konnten sich Kommunen und Bezirksregierungen darauf einstellen, dass ab 2005 strenge Grenzwerte für Feinstaub (PM10) einzuhalten waren. Doch bis heute läuft die Umsetzung der EU-Vorgaben schleppend. Trotz unbestreitbar großer Fortschritte bei der Bekämpfung der Feinstaub-Immissionen wurden 2013 noch immer unzulässig häufige Grenzwertüberschreitungen bei Tagesmittelwerten (50 µg/m³ bei 35 zulässigen Überschreitungen pro Jahr) an sechs Messstationen gemessen. Das ist gegenüber dem Vor-

jahr keine Verbesserung. In Aachen, Dortmund, Gelsenkirchen, Hagen, Herne und Oberhausen bleibt die Feinstaub-Belastung also kritisch. Und auch für die anderen Belastungsgebiete wäre eine Entwarnung verfrüht. Denn eine Wirkungsschwelle für die Partikel-Konzentration in der Atemluft gibt es nicht. Deren weitgehende Minimierung muss also das Ziel sein.

Kaum positive Entwicklungen gibt es bei den Stickoxid-Belastungen zu vermelden. An den meisten der überwiegend an Belastungsschwerpunkten eingerichteten Landesmessstellen treten noch Überschreitungen



In Hilden zeigten etwa 1.000 Menschen was sie von der CO-Pipeline und den Änderungsplänen von Bayer halten.
 Mehr Infos zum Immissionsschutz: www.bund-nrw.de/themen_und_projekte/immissionsschutz_chemie/

des Grenzwerts (Jahresmittelwert über $40 \mu\text{g}/\text{m}^3$) auf. Es handelt sich dabei ausnahmslos um verkehrlich belastete Standorte. Die Europäische Kommission hat für viele Gebiete einer Fristverlängerung zur Einhaltung des NO_2 -Grenzwerts nicht zugestimmt. Nur noch bis 2015 bleibt somit Zeit, die erforderlichen Maßnahmen zur Einhaltung der Grenzwerte zu treffen. Durchgreifende Erfolge sind allerdings kaum in Sicht.

Als besonderes Problem kristallisiert sich immer mehr der Schiffsverkehr heraus. Insbesondere entlang des Rheins und in Städten wie Köln, Düsseldorf und Duisburg ist er eine relevante Einflussgröße, der durch die bisherigen Maßnahmen wie Umweltzonen nicht erfasst wird. Hier helfen nur europaweite Regelungen wie eine Nachrüstpflicht mit entsprechenden Katalysatoren und Filtern.

Da der Verkehr der Hauptverursacher der Stickoxid-Belastung ist, sind aber letztendlich vor allem auch die Kommunen gefordert, endlich ihre Auto-Vorrang-Politik zu ändern und umweltfreundliche Mobilitätskonzepte durchzusetzen.

Der BUND wirkt daran in etlichen Projektgruppen zur Aufstellung von Luftreinhalteplänen mit. Diese Minderungspläne müssen fortlaufend nachjustiert werden. Ein Sonderfall stellt dabei das Rheinische Braunkohlenrevier dar. Die Tagebaue sind noch immer die dominierende Quelle für die lokale Zusatzbelastung. Seit vielen Jahren fordert der BUND die Aufstellung eines einheitlichen Luftreinhalteplans für das gesamte Revier. Obwohl das entsprechende Aufstellungsverfahren in 2013 angelaufen ist, ist es bis dahin noch ein weiter Weg. Das Wirtschaftsministerium, RWE, die Bezirksregierung Köln und etliche Kommunen verweigern trotz entsprechender Festlegungen der Landesregierung bislang eine konstruktive Mitarbeit. Bis der Himmel an Rhein und Ruhr daher wieder richtig blau ist, sind die BUND-Aktiven weiter gefordert.

Dauerstreit um CO-Pipeline

Das Jahr 2013 – ein Entscheidungsjahr zur strittigen Bayer-CO-Pipeline? Das ist es doch nicht geworden, obwohl der Streit um die Giftleitung wieder für Schlagzeilen sorgte – auch dank des unermüdlichen Einsatzes der BUND-Aktiven. Mehr als 24.000 Einwendungen gegen das Vorhaben wurden bei der Düsseldorfer Regierungspräsidentin Anne Lütkes eingereicht und ab dem 5. November in der Essener Grugahalle erörtert.

Gerade weil auf dem Erörterungstermin letztlich „nur“ etwa 150 Leute zu Wort kommen konnten, hatten die Pipeline-Gegner eine Demo vorgeschaltet. Das Votum war klar und eindeutig: Abfisch für die CO-Pipeline! Das Anhörungsverfahren wurde dann entscheidend von den BUND-Experten geprägt. Dieter Donner vertrat als Beauftragter der Sammeleinwender viele tausend Menschen. Claudia Roth machte bildhaft am Beispiel der Unterquerung einer alten Ölleitung die „Risikobereitschaft“ Bayers deutlich. Dr. Walther Ensslin wies eine gefährliche, massive Detektionslücke in den Bayer-Warnsystemen nach und der Kinderarzt Dr. Gottfried Arnold zeigte bildlich und eindrucksvoll an einem Weinglas, welche geringe Mengen CO tödlich wirken. Jetzt warten alle gespannt auf die Entscheidung der Bezirksregierung.

Ende 2013 sorgte dann ein aktueller Vorfall für neuen Wirbel. An der so genannten „Referenzpipeline“ zwischen den Chemieparcs in Leverkusen und Dormagen waren massive Korrosionsschäden entdeckt worden. Die ehemals für CO_2 genutzte Leitung war 2002 ohne formelle Genehmigung zum Transport von CO-Gas umgewidmet worden. Die Rohre waren teilweise derart vom Rost angefressen, dass bereits im Jahr 2002 an einigen Stellen fast 50 Prozent der Wandstärke weggerostet waren. Die Ursache war bereits weit früher bekannt, nämlich ein nicht funktionierender Korrosionsschutz. Wasser auf die Mühlen der Pipeline-Gegner!

Umweltbildung konkret

Natur wird heute von vielen Kindern und Jugendlichen vor allem in künstlicher Form erlebt, über den Fernseher oder das Internet. Wenn draußen gespielt wird, geschieht dies zumeist nur in eingezäunten und aufgeräumten Gärten oder auf konstruierten Spielplätzen. Naturerfahrung bildet aber eine wichtige Grundlage für einen bewussten und sensiblen Umgang mit Natur und Umwelt. Der BUND hat sich deshalb zur Aufgabe gemacht, der steigenden Distanzierung gegenüber der Natur entgegenzuwirken und hat im Jahr 2013 sein Engagement in der Umweltbildung offensiv ausgebaut. Dabei verfolgt er nicht nur das Ziel, Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen unsere heimische Natur näher zu bringen. Er vermittelt auch Wissen, Werte und Verhaltensweisen, die für eine lebenswerte Zukunft und positive Veränderungen erforderlich sind.

Bildungsoffensive BUND

Mit der in 2013 gestarteten Kampagne „Bildungsoffensive BUND“ weitet der Verband die Bildungsarbeit vor Ort aus und trägt Natur-, Umwelt- und Klimaschutzthemen verstärkt in die Bevölkerung. Das durch die Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen (SUE) geförderte Projekt unterstützt langjährige und neue BUND-Aktive dabei, erlebnisreiche Exkursionen, Kinder- und Familienangebote sowie Bildungsangebote für Schulen und Kindergärten zu entwickeln und durchzuführen.

In einem vielfältigen Angebot an Weiterbildungen gibt der BUND viele Anregungen und Hilfestellungen für die eigene Bildungsarbeit: Besonders breiten Anklang fanden im Jahr 2013 die Seminare „Werkstatt praktische Umweltbildung“, „Seilkonstruktionen im Gelände“ und „Konfliktmanagement in der Umweltbildung“. In der Fortbildung „Unsere stillen Nachbarn – Fledermäuse“ wurde neben Fachwissen über heimische Fledermausarten, ihrer Gefährdung und ihren Schutz auch interessante Methoden zur Wissens-Weitergabe vermittelt. Hierzu ist auch eine Fledermaus-Bildungskiste entstanden, die im Projektbüro ausgeliehen werden kann. Dort gibt es zudem viele weitere Anregungen, Materialien, Beratung und persönliche Unterstützung bei der Realisierung eigener Ideen.

Mehr Infos: www.bund-nrw.de/bildungsoffensive

Mehr Nachhaltigkeit an Schulen

Der BUND NRW setzt sich gemeinsam mit der BUNDjugend NRW dafür ein, den Nachhaltigkeitsgedanken an Schulen zu verankern und Schülerinnen und Schüler für das Thema zu sensibilisieren. Er arbeitet hier im engen Kontakt mit dem Schul- und Umweltministerium sowie als Partner der Kampagne „Schule der Zukunft“ der Naturschutzakademie NRW (NUA). Mit dem



Foto: BUNDjugend



Projekt „Einfach ganz ANDERS – mehr Nachhaltigkeit an Ganztagschulen“ werden Bildungs-Angebote zu den Themen Klima & Konsum, Boden & Ernährung sowie Wasser an Schulen umgesetzt. Gemeinsam mit dem Eine Welt Netz NRW werden den Kindern und Jugendlichen die globalen Dimension ihres Handelns sichtbar und ihnen Mut gemacht, selber ihre Zukunft positiv mitzugestalten. Mehr Infos zu dem durch die Stiftung Umwelt und Entwicklung NRW geförderten Projekt gibt es unter www.einfachganzanders.de.

BUNDcache

Durch GPS-Bildungsrouten vermittelt der BUND in NRW auf moderne und erlebnisreiche Weise Natur-, Umwelt- und Klimaschutzthemen. In Köln wurde eine Route zum Thema „Stadtökologie“ erstellt. Öffentlich ausgeschriebene Begehungen laden Familien zur Schatzsuche ein; Schulklassen und weitere Gruppen können für die rund dreistündige Tour eigene Termine buchen. Das Finden des Schatzes am Ende stellt ein abschließendes Erfolgserlebnis dar. Im Mittelpunkt stehen aber die zahlreichen Stationen, an denen die Gruppen kreative Aufgaben lösen müssen, um die Koordinaten für den nächsten Punkt heraus zu finden.

Geocaching ist auch in Form von dauerhaften, unbetreuten Routen für BUND-Themen einsetzbar: der BUND Bonn zeigt wie's geht und bietet vier Geocaching-Touren zu ökologischen „Hot Spots“ an. Diese beinhalten knifflige Fragen rund um die Tier- und Pflanzenwelt, die zu Stationen mit ökologischen Besonderheiten führen.

Wie eine GPS-Bildungsroute angelegt wird, wie die Technik funktioniert und welche Naturschutzaspekte zu berücksichtigen sind, wird BUND-Mitgliedern und anderen Interessierten in eintägigen

Lehrgängen näher gebracht. Für Einsteiger stehen eine Vielzahl vorgefertigter GPS-Bildungsrouten zur Verfügung, die mit geringem Aufwand überall umgesetzt werden können. Die Themen reichen dabei von „Wie entscheidest Du? – eine Tour zum kritischen Konsum“ bis hin zu „Wo ist mein Wald? – mit Ulli Eule auf einer wilden Suche“.

Mehr Infos: www.bundcache-nrw.de.



Foto: BUNDjugend

Bildungsangebote vor Ort

In zahlreichen Städten und Kreisen NRW leisten BUND-Aktive und UmweltbildnerInnen bereits seit vielen Jahren wertvolle Bildungsarbeit: Mit Seminaren und Exkursionen, in Naturgärten und an Offenen Ganztagschulen, in Kinder- und Jugendgruppen und vielem mehr tragen sie dazu bei, Menschen für den Umwelt- und Naturschutz zu sensibilisieren. Allein das Gelände des Naturerlebnis-Gartens in Hertfen besuchen jährlich bis zu 6.000 Kinder aus dem Kreis Recklinghausen und der Stadt Gelsenkirchen. Im Haus der Natur in Herne gibt es neben einer Naturnacht für die Sinne, einer Pflanzentauschbörse und einem Schmetterlingsgarten mit regelmäßigen Führungen, drei Kinder- und Jugendgruppen. Die Kreisgruppe Köln veranstaltet pro Jahr rund 80 Exkursionen und Veranstaltungen. Die Bildungsveranstaltungen sind dabei so bunt und vielfältig wie die BUND-Gruppen selbst. Bochum veranstaltet ein Repairkaffee, Lemgo eine Apfelprobierexkursion, Soest einen veganen Brunch, Grevenbroich einen Obstbaumschnittkurs, Dortmund einen klimafreundlichen Kochkurs, und der Rhein-Sieg-Kreis eine Fledermauswanderung – um nur einige Beispiele zu nennen. In den letzten fünf Jahren initiierte der BUND zudem rund 350 Umwelt-Agenten-AGs an Offenen Ganztagsgrundschulen in NRW.



Foto: BUNDjugend

Landesarbeitskreis Umweltbildung

Um die in der Umweltbildung der BUND-Aktiven zusammenzuführen, sich auszutauschen und gemeinsam gute, neue und zeitgemäße Bildungskonzepte zu entwickeln, wurde der Landesarbeitskreis Umweltbildung neu gegründet. Sprecherin des Arbeitskreises ist Doris Baum, langjährige Umweltbildnerin und Aktive in der BUND Ortsgruppe Euskirchen. „Unser Ziel ist es, die Umweltbildung im Verband praxisnah und in hoher Qualität weiter voranzubringen und hierzu eigene Positionen und Leitlinien zu entwickeln. Dabei setzen wir auf die Vielfalt der schon vorhandenen Umweltbildung-

BUNDland NRW

Der BUND ist ein Mitmachverband für alle, die im Umwelt- und Naturschutz aktiv werden möchten: Mit handwerklich-praktischem Geschick, mit Fachwissen und fundierten Stellungnahmen, mit Freude an griffigen Formulierungen beim Erstellen von Presseinformationen, Faltblättern oder Newslettern, als WebmasterIn, ExkursionsführerIn, KassenwartIn, bei der Leitung von Kinder- und Jugendgruppen oder der Organisation öffentlichkeitswirksamer Aktionen, im persönlichen Gespräch am Info-Stand und in anderer Weise. Die Bandbreite des Engagements der BUND-Aktiven ist groß. Ehrenamtlich, unabhängig und oft mit großer Beharrlichkeit leisten sie Tag für Tag einen unverzichtbaren Beitrag für unsere Umwelt.



Welche Themen vor Ort konkret angegangen werden und wo und wie BUND-Aktive sich einmischen, entscheiden diese eigenständig und basisdemokratisch in Mitgliederversammlungen und Aktiven-Treffen. Gleiches gilt für unsere Arbeitskreise und Projekte, in denen sich Interessierte auch überregional zusammenschließen. Hierbei werden sie vom BUND-Landesverband und -Bundesverband tatkräftig unterstützt. Auf diese Weise ist über die Jahre hinweg ein starkes und schlagkräftiges Netzwerk gewachsen – ganz wesentlich ermöglicht durch unsere mehr als 23.000 Mitglieder in Nordrhein-Westfalen und viele weitere, die unsere Arbeit mit ihren Spenden unterstützen.

Der Stellenwert des Umwelt- und Naturschutzes ist in der Öffentlichkeit anhaltend hoch und in vielen Fragen steht die übergroße Mehrheit der Bevölkerung hinter uns. Machen Sie mit?

Mehr Infos: www.bund-nrw.de/aktiv_werden/mitglied_werden

Viele gute Gründe... Bundesfreiwilligendienst im BUND NRW

Seit zwei Jahren besteht beim BUND in Nordrhein-Westfalen die Möglichkeit, sich im Rahmen des Bundesfreiwilligendienstes (BFD) für eine bestimmte Zeit zu engagieren. Ob 6, 12 oder 18 Monate, ob Teilzeit oder Vollzeit: Neben dem Einsatz für unsere Umwelt bietet er vielen die Chance, neue persönliche und berufliche Erfahrungen zu sammeln, sich neu zu orientieren, Überbrückungszeiten z.B. vor dem Studium sinnstiftend zu nutzen oder nach der Mutterpause wieder langsam in einen berufsähnlichen Rhythmus einzusteigen. Dies alles ist in der BUND-Landesgeschäftsstelle, der BUNDjugend-Geschäftsstelle und bei einigen BUND-Gruppen vor Ort möglich. Die ersten Erfahrungen sind erfreulich positiv – deshalb: ‚Bufdis‘ willkommen!

Mehr Infos: http://www.bund-nrw.de/ueber_uns/jobs/bundesfreiwilligendienst

BUND-Landesdelegiertenversammlung

Einmal im Jahr kommen die mehr als 130 Delegierten der BUND-Kreisgruppen, der BUNDjugend NRW und der Landesarbeitskreise zur Landesdelegiertenversammlung zusammen. Sie ist das höchste Entscheidungsgremium des Verbandes und wählt u.a. den Vorstand, befindet über seine Entlastung, fasst Grundsatzbeschlüsse und berät den Haushalt.

Am 26. Mai 2013 tagte die Landesdelegiertenversammlung des BUND NRW in Duisburg. Dort wählte sie turnusgemäß einen neuen Landesverstand und als neuen Landesvorsitzenden Holger Sticht aus Köln. Mit stehenden Ovationen verabschiedete sie den langjährigen Vorsitzenden Paul Kröfges, der nicht mehr erneut kandidierte, der BUND in aktiver Mitarbeit verbunden ist. Darüber hinaus wurden erneut wichtige Anträge beraten und entschieden.

Mehr Infos: www.bund-nrw.de/ueber_uns/delegiertenversammlung_2013



Foto: D.Jansen

BUNDjugend aktiv

Klimawandel, Massentierhaltung, Belastungen des Naturhaushalts, ... Die Ernährung bzw. Nahrungsmittelproduktion befördert auf vielfältige Weise lokale und globale Missstände. Zugleich gibt es kaum ein Thema, bei dem VerbraucherInnen so leicht und wirksam selbst Einfluss nehmen können. Die BUNDjugend NRW hat darum den Themenkomplex Ernährung in den Fokus ihrer Arbeit gerückt und widmete sich diesem im Jahr 2013 mit einer Vielzahl an Aktivitäten und Projekten.



Hühner, Schweine und Kühe verkleidet auf die Straße und regten PassantInnen dazu an, ihre Wahl auch im Hinblick auf die Positionen der KandidatInnen zum Thema Massentierhaltung zu treffen.

Bildungsangebote für Schulen und Gruppen

Die BUNDjugend trägt das Thema auch mit ihren Bildungsangeboten an Jugendliche heran: im Projekt BUNDcache werden Aktive des Verbands geschult, die in 2013 entwickelte mobile Geocaching-Bildungsrouten „Essbare Stadt“ durchzuführen. Darüber hinaus arbeiteten MultiplikatorInnen im Projekt „Einfach ganz ANDERS“ einen Projekttag zum Thema Ernährung aus, der 2014 an zahlreichen Schulen umgesetzt wird. Nicht zuletzt wurde 2013 intensiv an der Entwicklung und Erprobung von „Best Practice“-Beispielen gearbeitet, welche Aktiven Impulse und Handreichungen für deren Umsetzung bieten.

Ernährungsaktionen des Aktivenpools

Zum Jahresbeginn protestierten Hunderte BUNDjugendliche bei der „Wir haben es satt!“-Großdemo in Berlin. Mit einem bildstarken Demoauftritt, der es bis in die Tagesschau schaffte, zeigten die Jugendlichen wie wichtig ihnen gesunde Lebensmittel und ökologische Produktionsbedingungen in der Landwirtschaft sind.

Gemeinsam mit der lokalen BUND-Kreisgruppe erregten BUNDjugend-Aktive mit einer Hähnchenaktion in Unna viel Aufsehen: hierbei ließen sich Jugendliche wie Masthähnchen auf Styroporplatten „einschweißen“ und wurden PassantInnen zum Kauf angeboten. Nicht wenige von diesen brachte die Aktion gegen Massentierhaltung mit ihren begleitenden Infomaterialien zum Nach- und (hoffentlich) Umdenken. Über ein im Internet verbreitetes Dokumentations-Video erreichte die Aktion nicht nur vor Ort, sondern bundesweit viel Aufmerksamkeit.

Nicht zuletzt im Rahmen der Kampagne „Gut gewählt – deine Stimme gegen Massentierhaltung!“ gingen im Vorfeld der Bundestagswahl viele BUNDjugendliche als

Jugendprojekt „ESSEN MACHT...“

Im Juni 2013 startete die BUNDjugend das Projekt „ESSEN MACHT...“, das Jugendlichen Raum für eine intensive Auseinandersetzung mit dem Thema bietet. Mit Kochworkshops und einer Online-Plattform sensibilisieren Jugendliche für die Auseinandersetzung mit dem „täglich Brot“ und motivieren sie für eigene Ernährungs-Experimente. Darüber hinaus werden im „ESSEN MACHT...“-Netzwerk kleine und große Änderungs-Aktionen entwickelt und in die Tat umgesetzt. Bei dem Projekt stehen die Meinungen und Ideen der Jugendlichen im Vordergrund, die Aktiven arbeiten bei allen Projektbausteinen von der Flyergestaltung bis zur Workshopplanung intensiv mit. Das Vorhaben wird von der Stiftung Umwelt und Entwicklung NRW gefördert und bietet bis Ende 2015 viele Möglichkeiten für wirkungsvolle Aktivitäten.

Mehr Infos: www.bundjugend-nrw.de

Unabhängig. Auch finanziell.

Politische Unabhängigkeit setzt Unabhängigkeit im finanziellen Bereich voraus. Die klare politische Linie des BUND in Nordrhein-Westfalen ist nur möglich, weil der Landesverband keine institutionelle Förderung erhält und auf zweifelhafte Spenden verzichtet. Basis der Einnahmen des BUND-Landesverbandes sind die Beiträge der rund 23.000 Mitglieder in NRW. Lediglich das in der Rechtsform einer GbR organisierte und damit selbstständige Landesbüro der Naturschutzverbände in Oberhausen – Träger der GbR sind neben dem BUND die LNU und der NABU – erhält regelmäßige direkte Zuweisungen aus dem Landeshaushalt.



Woher kommen die BUND-Mittel?

Der BUND Landesverband NRW konnte im Jahr 2013 seine solide finanzielle Basis weiter stärken.

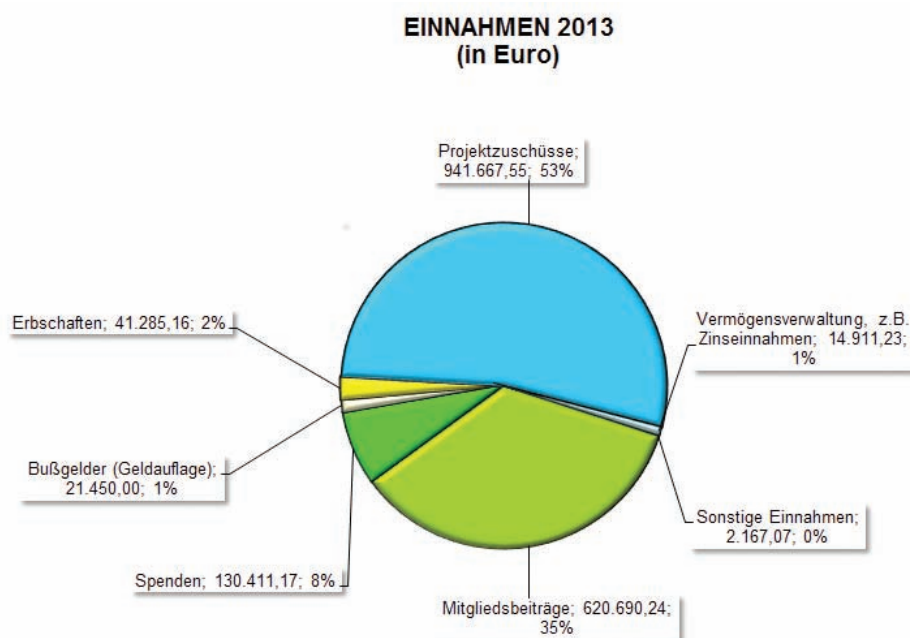
Die verlässlichste Unterstützung erhielt er mit rund EUR 620.700 über die Beiträge seiner Mitglieder. Dies ist die eigentliche Basis für zukunftsorientierte Natur- und Umweltschutzarbeit auf hohem fachlichem Niveau, kontinuierliche qualifizierte Öffentlichkeitsarbeit und die Realisierung innovativer Projekte.

Die Spendeneinnahmen lagen im Jahr 2013 aufgrund von zahlreichen zweckgebundenen Spenden – insbesondere für die BUND-Gruppen – deutlich höher als geplant. Die Bußgelder lagen etwas geringer als im Vorjahr an. Der Landesverband erhielt auch wieder Einnahmen aus Erbschaften.

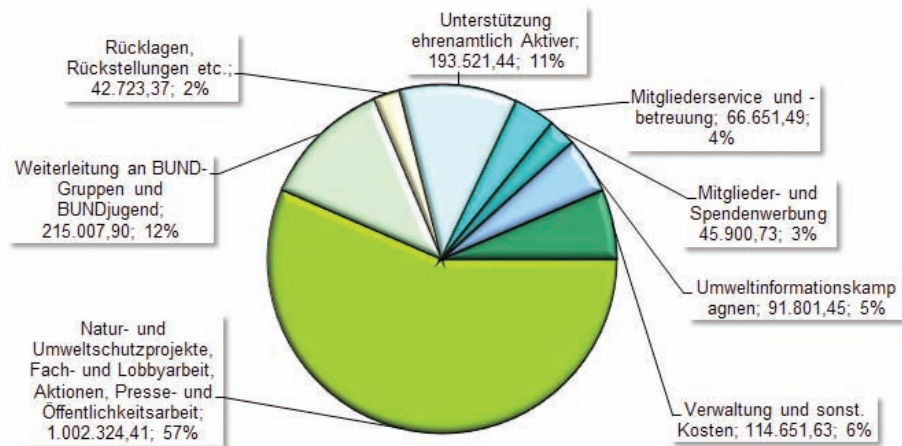
Die Projektzuschüsse resultierten im Wesentlichen aus Förderungen, die der BUND NRW für seine Projekte

„Wassernetz Plus“ und „Wildkatzensprung“, für eine große Anzahl von dezentralen Projekte und Verbandsklagen der Kreis- und Ortsgruppen sowie für diverse Seminare beantragt und erhalten hat. Förderinstitutionen für Natur- und Umweltschutzprojekte waren das Bundesministerium für Naturschutz, das NRW-Umweltministerium, die Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen, die Natur- und Umweltschutzakademie NRW (NUA) sowie einige kleinere Stiftungen und Organisationen.

Die Einnahmen aus Vermögensverwaltung sind überwiegend Zinseinnahmen, zum Beispiel aus der Beteiligung an einer Windkraftanlage in Geseke. Gemeinsam mit seinen Kreisgruppen legt der Landesverband seine Mittel zu einem Teil in Form von Beteiligungen an vorbildlichen Projekten (Upländer Bauernmolkerei, Märkischer Landmarkt oder der internationalen Genossenschaft fairPla.net) an und unterstützt damit diese Projekte.



AUSGABEN 2013 (in Euro)



Wofür der BUND seine Mittel einsetzt

Mehr als eine Million Euro flossen 2013 unmittelbar in Natur- und Umweltschutzprojekte, Fach- und Lobbyarbeit, Aktionen oder Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Hinzu kamen weitere rund EUR 215.000, die an die BUNDgruppen und BUNDjugend NRW weiter geleitet und dann ebenfalls für umweltpolitische Arbeiten und Naturschutzprojekte vor Ort eingesetzt wurden. Zusammen sind das mehr als 69 Prozent der Gesamtausgaben des BUND NRW, die unmittelbar Natur und Umwelt zugutekommen.

Die Unterstützung und Betreuung der zahlreichen ehrenamtlichen Aktiven bei ihren Projekten und Aktivitäten sowie der ehrenamtlichen Gremien, in denen ein Großteil der Facharbeit des Verbandes stattfindet, schlug mit insgesamt etwa EUR 193.500 zu Buche.

Bei den Ausgaben für den Mitgliederservice handelt es sich überwiegend um die Erstellung und den Versand der Mitgliederzeitschrift BUNDmagazin mit dem Einhefter *NRWinfo* mit speziellen Informationen aus Nordrhein-Westfalen. Hinzu kommt die Beantwortung vieler fachlicher Anfragen aus der Mitgliedschaft zu diversen Umweltthemen. Für den Mitgliederservice gab der Landesverband rund EUR 66.700 aus.

Für Umweltinformationskampagnen setzte der Landesverband etwa EUR 91.800, für Spenden- und Mitgliederwerbung rund EUR 45.900 ein. Die Rückstellungen und Rücklagen konnten um etwas mehr als EUR 42.700 erhöht werden.

Die Kosten für Verwaltung und sonstige Kosten lagen mit 6,5 % weiterhin erfreulich niedrig.

Die BUND NRW Naturschutzstiftung

Die im März 2002 eingerichtete BUND NRW Naturschutzstiftung konnte auch in 2013 wieder schnell und unbürokratisch wichtige Flächen für den Naturschutz sichern. In Roisdorf bei Bornheim erwarb die Stiftung eine etwa 1.200 qm große Fläche in der Nähe der Sand- und Kiesgrube Brenig. Sie soll jetzt in den Biotopverbund integriert werden.

Die Stiftung erwarb ferner im Rahmen des von der NRW-Stiftung geförderten Projekts „Obstwiesenlandschaft Bornheim“ eine erste rd. 30.000 qm große Fläche, ebenfalls in Roisdorf. Es handelt sich im wesentlichen um Grünland mit kleineren Waldabschnitten. Ziel des Projekts ist es, die ehemaligen extensiv genutzten Grünlandflächen mit Streuobstbeständen wieder herzustellen. Dazu wurde eine rd. 1.100 qm große Fläche gekauft, auf der ein Tierunterstand für ein Beweidungsprojekt mit Rindern und Ponys in der Siegauue errichtet werden soll.

Die Auswahl und Präsentation des Schmetterlings des Jahres ist dagegen schon ein etablierter Klassiker mit enorm großer Medienresonanz im deutschsprachigen Raum. Mit Unterstützung der NRW-Stiftung wurde hierzu ein Quartett mit den letzten 10 „Schmetterlingen des Jahre“ aufgelegt.

Mehr Infos: www.bund-nrw-naturschutzstiftung.de



Das BUND-Team 2013

Der BUND Landesverband Nordrhein-Westfalen wurde im Jahre 1976 gegründet. Die Anerkennung nach dem Bundesnaturschutzgesetz erhielt der BUND NRW im Jahre 1981. Daraus ergeben sich besondere Beteiligungs- und Klagemöglichkeiten bei Planverfahren, die Natur und Landschaft beeinträchtigen. Der Vorstand des BUND NRW arbeitet rein ehrenamtlich, ebenso wie die Mitglieder der Facharbeitskreise. Ein Team von derzeit zehn hauptamtlichen MitarbeiterInnen koordiniert die Arbeit des Landesverbandes, führt Kampagnen durch, managt Projekte und sorgt für eine umfassende Betreuung der Mitglieder und UnterstützerInnen.

Die Landesdelegiertenversammlung 2013 in Duisburg wählte Holger Sticht mit großer Mehrheit zum neuen Landesvorsitzenden. Der Naturschutzexperte aus Köln löste den langjährigen BUND-Vorsitzenden Paul Kröfges an der Spitze des Verbandes ab. Der neue geschäftsführende BUND-Landesvorstand wird komplettiert durch die Duisburgerin Kerstin Ciesla und Bernd Meier-Lammering aus Herford. Erneut zum Schatzmeister gewählt wurde Klaus Brunsmeier aus Halver.

Komplettiert wurde der Landesvorstand durch Notburga Henke, Dr. Michael Harenger, Dr. Thomas Krämerkämper, Götz Lederer, Friedrich Ostendorff und Dieter Schmalz. Vertreterin der BUNDjugend im Landesvorstand ist Nora Langenfurth.



„Standing Ovations“ für Paul Kröfges (r.): Mit lang anhaltendem Applaus dankten die Delegierten dem scheidenden Vorsitzenden. Eine besondere Würdigung erfuhr Kröfges durch den extra angereisten BUND-Bundesvorsitzenden Hubert Weiger. Er stellte in seiner Rede die besonderen Verdienste des Alt-Vorsitzenden heraus, die weit über NRW hinaus von Bedeutung seien. So sei der BUND NRW bundesweit Vorreiter im Kampf gegen Kohlekraftwerke und für die Stärkung der Beteiligungsrechte. Kröfges kündigte an, dem BUND auch weiterhin treu zu bleiben und sich vor allem für den Gewässerschutz einzusetzen.

Foto: D. Jansen

Der BUND-Landesvorstand 2013 (v.l.n.r.): Prof. Dieter Schmalz, Nora Langenfurth, Götz Lederer, Dr. Michael Harenger, Kerstin Ciesla, Holger Sticht, Klaus Brunsmeier, Dr. Thomas Krämerkämper, Notburga Henke (nicht im Bild: Friedrich Ostendorff)



Foto: D. Jansen



Die Landesgeschäftsstelle 2013:

v.l.n.r.

Rolf Behrens, *Sekretariat*

Christian Schweer *Projekt WASSERNETZ NRW*

Gaby Schlossmacher, *Buchhaltung*

Ralf Bilke, *Agrarreferent/Kreis- und Ortsgruppenbetreuung*

Uschi Vennes, *Zahlungsverkehr/Spendenbescheinigungen*

Dr. Jochen Behrmann, *Geschäftsleiter Organisation*

Kristina Grund, *Cash-Management, Haushaltsüberwachung*

Claudia Reuter, *Büroassistentz*

Brigitte Walther, *Projektcontrolling und -buchhaltung*

Dirk Jansen, *Geschäftsleiter Umwelt- und Naturschutzpolitik, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit*

Kontakt: www.bund-nrw.de/ueber_uns/landesgeschaeftsstelle

BUND-Landesarbeitskreise oder Beauftragte gibt es zu den Themen:

- | | |
|---|---|
| <input type="checkbox"/> Atom | <input type="checkbox"/> Braunkohle |
| <input type="checkbox"/> Energie | <input type="checkbox"/> Heimische Orchideen |
| <input type="checkbox"/> Klimawandel & Nachhaltigkeit | <input type="checkbox"/> Mobilfunk |
| <input type="checkbox"/> Naturschutz | <input type="checkbox"/> Technischer Umweltschutz |
| <input type="checkbox"/> Verkehr, Stadtentwicklung und Flächennutzung | <input type="checkbox"/> Wasser |



Die SprecherInnen der Arbeitskreise, die Beauftragten und AnsprechpartnerInnen der zahlreichen örtlichen BUND-Gruppen finden Sie unter www.bund-nrw.de/ueber_uns

IMPRESSUM

Herausgeber:

Bund für Umwelt
und Naturschutz Deutschland
Landesverband
Nordrhein-Westfalen e.V.
Merowingerstr. 88
40225 Düsseldorf
Tel.: 0211/302005-0
Fax: -26,
e-Mail: bund.nrw@bund.net

V.i.S.d.P.:

Holger Sticht,
Landesvorsitzender

Redaktion, Text & Layout:

Dirk Jansen

Beiträge:

Dr. Jochen Behrmann,
Ralf Bilke,
Dieter Donner,
Bettina Labesius,
Andrea Schaupp,
Christian Schweer,
Holger Sticht

BUND-Spendenkonto:

Bank für Sozialwirtschaft
GmbH Köln
BLZ: 370 205 00
Konto-Nr. 8 204 700

Druck: TIAMAT, Düsseldorf

Nachdruck oder sonstige
Verwertung nur mit
Genehmigung des
BUND NRW e.V.

Der BUND im Internet:

www.bund-nrw.de

Düsseldorf, April 2014



Foto: D. Jansen

Mehr Infos: www.bund-nrw.de